



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

10. Sitzung vom 23. Juni 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 21.45 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Rahel Amacker, Gian Kamber, Gaida Löhr, Monique van Loon

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst ihre geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin und die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen zur heutigen Sitzung. Sie heisst auch die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Protokollführerin Linda Gerstner und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger willkommen. Weiter begrüsst sie die Vertreter der Medien und natürlich auch alle Gäste. Es ist die letzte Sitzung im Amtsjahr 2024/2025. Der Rat hat heute eine lange Traktandenliste vor sich. Ziel ist es, dass die Sitzung um 21.30 Uhr geschlossen wird und man zum Apéro übergehen kann. Es wird sich zeigen, ob dies klappt. Das Büro hat beschlossen, dass zwischendurch, ca. um 20.30 Uhr, eine 5minütige Bio-Pause eingelegt wird, damit man nicht während der Sitzung rausgehen muss. Falls sie es vergessen sollte, wäre die Votantin froh, wenn man sie daran erinnern würde.

Es gibt noch eine Verabschiedung nachzuholen. Die Anwesenden haben mittlerweile sicherlich mitbekommen, dass Konrad Widmer, SVP, per 6. Mai 2025 aus dem Einwohnerrat zurückgetreten ist. Da die Mai-Sitzung ausgefallen ist, muss die Präsidentin ihn heute leider in Abwesenheit verabschieden. Konrad Widmer war seit dem 1. Juli 2020 Mitglied des Einwohnerrats. Seit dem 1. Januar 2023 war er Mitglied der Bau- und Planungskommission und vom 1. Juli 2022 bis 18. März 2024 auch SVP-Fraktionspräsident. Die Rednerin hat Konrad Widmer immer als ruhenden Pol wahrgenommen. Seine Voten waren unaufgeregt und überlegt. Er ist zurückgetreten, weil er für seine Partei in den Landrat nachgerückt ist. Sie wünscht ihm für seine politische Arbeit im Kantonsparlament im Namen des Einwohnerrats viel Erfolg und auch sonst alles Gute. Die SVP-Fraktion ist aber schon wieder komplett. Die Präsidentin begrüsst Stefan Gubelmann zu seiner ersten Sitzung.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Gian Kamber, Rahel Amacker, Monique van Loon, alle Mitte/GLP, und Gaida Löhr, SP. Damit sind es heute 36 Personen im Rat. Das absolute Mehr liegt bei 19 und das Zweidrittelmehr bei 24.

Neue Vorstösse

Nr. 75, Dringliche Interpellation P. Frauchiger, FDP: Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb

Nr. 76, Dringliche Motion Chr. Schmid, SVP: Einmalige Steuerrückvergütung in Binningen (Steuerperiode 2024)

Nr. 77, Dringliche Interpellation H. Steffen, SVP: Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunaler Pflegefinanzierung, Rechnung 2024, Zunahme Kosten + 3,3 Mio. Franken

Nr. 78, Motion Chr. Schmid, SVP: Begrenzung der Stellenprozente und Kosten pro Einwohner in der Gemeindeverwaltung Binningen auf das Niveau von 2019

Nr. 79, Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt

Präsidentin Karin Müller, SP informiert, dass der Rat über die dringlichen Vorstösse noch abstimmen muss. Sie fragt zuerst die Verfasser der nicht dringlichen Vorstösse, ob sie diese begründen möchten.

Christian Schmid, SVP teilt als kurze Begründung mit, dass es vom zeitlichen Rahmen her notwendig ist, dass der Rat dies heute bearbeitet. Nach den Sommerferien würde es terminlich nicht mehr aufgehen.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP erklärt, es gehe nun zuerst um die nicht dringlichen Vorstösse. Die dringlichen Vorstösse werden anschliessend behandelt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommt die Präsidentin zu den dringlichen Vorstössen. Die Dringlichkeit erfordert eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder. Das Zweidrittelmehr liegt wie erwähnt bei 24.

Dringliche Interpellation P. Frauchiger, FDP: Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb

Interpellant Peter Frauchiger, FDP äussert, die Anwesenden konnten lesen, um was es geht. Zum einen ist es dem Votanten ein persönliches Anliegen. Das konnte man auch seinem Leserbrief entnehmen. Dazu steht er. Es ist ihm wichtig, dass man zu einer Meinung stehen kann, auch wenn diese teilweise sogar in der eigenen Fraktion auf Gegenwind stösst. Das gehört zur Sache. Das ist sein Recht und das wird er auch weiterhin so handhaben. Dann geht es darum, dass für ihn effektiv einige Fragen offen sind. Wohlwissend, dass die Kompetenz beim Gemeinderat liegt und damit meint er den Gesamtgemeinderat, nicht wie es teilweise vom Hörensagen her sein könnte, dass er gegen jemanden Bestimmen schiessen würde. Das ist nicht so. Ihm ist sehr wohl bewusst, dass hier sieben Gemeinderäte das Votum eingelegt haben und die Mehrheit so entschieden hat. Und letztlich geht es ihm auch darum, herauszufinden oder eine Antwort darauf zu erhalten, ob, wie es heute vor allem in der Privatwirtschaft halt ist, es knallhart über die Kosten ging. Wer am günstigsten ist, erhält den Zuschlag, weil der Schlüssel dies so vorsieht. Auch wohlwissend, das wissen alle Anwesenden, dass man natürlich einen Kampfpfeis eingeben kann, wenn man etwas grösser ist, und einen Familienbetrieb über fünf Generationen, der klein ist, locker ausstechen kann.

Präsidentin Karin Müller, SP weist den Redner darauf hin, dass es jetzt nur um die Dringlichkeit geht. Wenn diese beschlossen wird, kann die Interpellation anschliessend inhaltlich diskutiert werden.

Interpellant Peter Frauchiger, FDP bittet darum, über die Dringlichkeit abzustimmen. Ihm geht es auch darum, dass man es ablegen kann. Wohlwissend, dass der Gemeinderat dies entschieden hat und den Entscheid auch vor den Einwohnerinnen und Einwohnern in Binningen aushalten muss – das muss der Redner nicht machen –, findet er es gut, wenn man es heute nochmals thematisiert. Er wird es anschliessend als Einwohnerrat ad acta legen. Er hat hier keine Kompetenz, das ist ihm klar.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP führt aus, grundsätzlich liege keine Dringlichkeit vor. Die Beschwerdefrist gegen den Submissionsentscheid läuft noch und die Antworten, die heute präsentiert werden können, ändern nichts am Vergabeentscheid. Aber es scheint ihr sinnvoll, wenn heute gewisse Unklarheiten beseitigt werden, damit das Thema dann, wie es der Interpellant selbst gesagt hat, wirklich ad acta gelegt werden kann. Aus Sicht der Votantin besteht keine Dringlichkeit, aber vielleicht ist es sinnvoll, dass man sie trotzdem befürwortet, damit das Thema heute abgeschlossen werden kann.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 32 JA / 4 NEIN (Abstimmung 01, vgl. Anhang)

Das für eine dringliche Behandlung benötigte Zweidrittelmehr wurde erreicht. Da die Präsidentin nicht weiss, wie weit der Rat heute kommen wird, schlägt sie vor, das Geschäft direkt nach den Wahlgeschäften als Traktandum 6 zu behandeln.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation von P. Frauchiger, FDP: «Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb» wird beschlossen.

Dringliche Motion Chr. Schmid, SVP: Einmalige Steuerrückvergütung in Binningen (Steuerperiode 2024)

Motionär Christian Schmid, SVP äussert, wie vorhin bereits erwähnt, ist es in seinen Augen ein dringliches Geschäft. Sonst reicht es terminlich nicht mehr, dies in die Wege zu leiten.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP erklärt, die Dringlichkeit sei eigentlich nicht notwendig, da die Steuerrückvergütung im Rahmen der Rechnung, wenn es um die Ergebnisverwendung geht, beschlossen werden kann. Dafür muss dann einfach ein Antrag gestellt werden. Daher wäre es sinnvoll, wenn die Motion zurückgezogen und dafür ein Antrag gestellt werden würde oder, falls dies nicht gewollt ist, dann zumindest keine Dringlichkeit. Man kann es ganz einfach lösen, indem man es bei der Ergebnisverwendung beschliesst.

Leon Behrends, FDP führt aus, die FDP-Fraktion sei, Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti hat es gesagt, gegen die Dringlichkeit der Motion, da sie der Auffassung ist, dass das Anliegen nicht als Motion behandelt werden muss, sondern im Geschäft Rechnung unter Antrag 5 «Ergebnisverwendung». Hierzu würde die FDP auch gerne einen Antrag stellen. Sie schlagen, anstelle der vorgeschlagenen 10 Prozent, 5 Prozent vor. Die inhaltliche Stellungnahme würde er dann im Rahmen dieses Traktandums vornehmen.

Christian Schmid, SVP zieht seine dringliche Motion zurück. Er wird sie nochmals als ordentliche Motion stellen. Zur Rechnung hat die SVP neun Anträge eingereicht, die in die gleiche Richtung gehen. Dann kann der Einwohnerrat entscheiden, wie hoch diese Steuerrückvergütung sein soll.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Motion von Chr. Schmid, SVP: «Einmalige Steuerrückvergütung in Binningen (Steuerperiode 2024)» wird vom Motionär zurückgezogen.

Dringliche Interpellation H. Steffen, SVP: Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunaler Pflegefinanzierung, Rechnung 2024, Zunahme Kosten + 3,3 Mio. Franken

Interpellant Hubert Steffen, SVP erläutert, die Zunahme dieser Kosten in der Rechnung 2024 seien mit 3,3 Mio. Franken enorm hoch. Im Hinblick auf das Budget 2026 ist ihm zudem aufgefallen, dass die Taxpunkte zwischen Basel-Stadt und Baselland enorm unterschiedlich sind. Bevor man dies ins Budget reinnehmen muss, wodurch dann allenfalls Steuererhöhungen geplant werden würden, die die SVP natürlich bekämpfen würde, wäre es wichtig, dass die Fragen vorgängig beantwortet werden.

Brigitte Schori, FDP ist sehr überrascht über die dringliche Interpellation vor allem, wenn sie an die Haltung und die Voten während der RPK-Sitzungen denkt. Sie findet, der RPK-Bericht sei klar genug. Er deckt die Handlungsfelder auf und ebenso die Anträge, die dort formuliert sind. Es macht keinen Sinn, jetzt eine dringliche Auskunft zu fordern, wenn der Gemeinderat via Anträge die Aufgabe behandeln wird. Schnelle Antworten gibt es nicht. Dass die Tarife zu hoch sind, wissen wir. Ein Austritt kann nach der Klärung eine Möglichkeit sein, löst aber die Probleme nicht. Die Rednerin empfiehlt, die Interpellation nicht für dringlich zu erklären und dass es im Rahmen der Anträge durch den Gemeinderat behandelt wird.

Andrea de Fregias, SP signalisiert, auch die SP-Fraktion nehme die Kostenentwicklung ernst. Sie lehnt aber einfache Schuldzuweisungen ab. Statt über Austritte zu diskutieren, unterstützt die Fraktion die konkreten Anträge der RPK für mehr Transparenz, klare Verantwortlichkeiten und eine bessere Steuerung innerhalb der Versorgungsregion.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 11 JA / 24 NEIN (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation von H. Steffen, SVP: «Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunaler Pflegefinanzierung, Rechnung 2024, Zunahme Kosten + 3,3 Mio. Franken» wird nicht beschlossen.

Traktandenliste

Wie bereits erwähnt, möchte die Präsidentin die dringliche Interpellation von Peter Frauchiger direkt nach den Wahlgeschäften behandeln. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

://: Die Traktandenliste inkl. der dringlichen Interpellation von Peter Frauchiger (als neues Traktandum 6) wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1a. Genehmigung des Protokolls vom 7. April 2025	
1b. Genehmigung des Protokolls vom 28. April 2025	
2. Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2025 - 30.06.2026	71
3. Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2025 - 30.06.2026	72
4. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	73
5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Sekundarschulrats Binningen-Bottmingen ab dem 01.07.2025 für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2028	74
6. Dringliche Interpellation P. Frauchiger, FDP: Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	75
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.04.2025 Jahresbericht 2024 und Leistungsberichte 2024 Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2024	57 57A
8. Bericht / Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 28.05.2025 Bericht der Geschäftsprüfungskommission	69

9.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.05.2025 Investitionskredit zur Ablösung der zentralen IT-Kernapplikation der Gemeindeverwaltung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	70
10.	Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 05.05.2025 Teilzonenplan Zentrum – Bericht der Bau- und Planungskommission	63/XII
11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.04.2025 Investitionsausgaben für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach und Strassensanierung an der Dorenbachstrasse (Abschnitt Generationenhaus bis Neubadrain) Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	67
12.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Rückständebericht 2025 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	68
13.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.04.2025 Interfraktionelles Postulat: Energiestrategie Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	49
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Interpellation R. Büchelín, SP: Ranger/in Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	52
15.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	54
16.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
17.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.05.2025 Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	66
18.	Diversa	

Traktandum 1a

Genehmigung des Protokolls vom 7. April 2025

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, beim Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 1b

Genehmigung des Protokolls vom 28. April 2025

Präsidentin Karin Müller, SP führt aus, auch zu diesem Protokoll seien beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 71

Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2025 - 30.06.2026

Brigitte Schori, FDP schlägt im Namen der FDP Thomas Häfele als Präsident des Einwohnerrats vor. Thomas Häfele ist seit 2016 im Einwohnerrat und verfügt über eine langjährige politische Erfahrung. Er arbeitet aktiv in verschiedenen Kommissionen mit. Er ist geschätzt für seine konstruktive, sachliche Art und gut vernetzt. Die FDP nominiert Thomas Häfele als Präsident und empfiehlt ihn zur Wahl.

Da es keine weiteren Kandidaturen gibt, bittet die Präsidentin die Stimmenzählenden die Wahlzettel zu verteilen. Währenddessen begrüsst sie die World-Music-Group der Musikschule Binningen-Bottmingen unter der Leitung von Christian Reichert. Sie spielen während den Auszählpausen der Wahlen spanische und südamerikanische Stücke. An der Gitarre hören die Anwesenden Noe Marti, Dan Pauli und Luisa Reichert und am Kontrabass Philip Schnider. Das erste Stück heisst «Mambo Tambo» und ist von Vito Nicolo Paradiso.

[Musikalisches Intermezzo]

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 36

Eingegangene Wahlzettel: 36

Leer: 1

Ungültig: 0

Gewählt ist mit 35 Stimmen: Thomas Häfele

BESCHLUSS

://: Thomas Haefele, FDP, wird als Präsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr vom 1. Juli 2025 bis 30. Juni 2026 gewählt.

Die Präsidentin gratuliert Thomas Häfele ganz herzlich zur Wahl.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 72

Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2025 - 30.06.2026

Felix Gerber, Mitte/GLP teilt mit, die Mitte/GLP schläge Nina Eldridge für diese Wahl vor. Nina Eldridge ist in Binningen aufgewachsen. Sie ist seit 3,5 Jahren Mitglied des Einwohnerrats, ehemaliges Mitglied der GRPK, seit einem halben Jahr Vizepräsidentin der Immobilienkommission und seit einem guten Jahr präsidiert sie die Fraktion der Mitte/GLP. Der Redner kann den Anwesenden versichern, dass sie dies hervorragend macht. Die Fraktion ist daher sehr zuversichtlich, dass Nina Eldridge bestens für dieses Amt geeignet ist.

Da es keine weiteren Kandidaturen gibt, bittet die Präsidentin die Stimmenzählenden die Stimmzettel zu verteilen. Sie darf in der Zwischenzeit das nächste Musikstück ansagen. Der Rat hört nochmals die World-Music-Group mit dem Musikstück «Crepuscolo Andaluso» von Vito Nicolo Paradiso.

[Musikalisches Intermezzo]

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 36

Eingegangene Wahlzettel: 35

Leer: 0

Ungültig: 0

Gewählt ist mit 34 Stimmen: Nina Eldridge

BESCHLUSS

://: Nina Eldridge, GLP, wird als Vize-Präsidentin des Einwohnerrats für das Amtsjahr vom 1. Juli 2025 bis 30. Juni 2026 gewählt.

Präsidentin Karin Müller, SP gratuliert Nina Eldridge ganz herzlich. Sie teilt mit, dass sie nun zusammen mit dem neu gewählten Präsidium die Sitzung für einen Fototermin verlassen wird. Während dieser kurzen Pause spielt nochmals die World-Music-Group der Musikschule Binningen-Bottmingen und zwar «Rumba Flamenco» von Bernd Steinmann. Die Präsidentin bedankt sich ganz herzlich für die wunderbare Musik heute Abend.

[Musikalisches Intermezzo]

Ersatzwahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Hubert Steffen, SVP erläutert, als Nachfolger von Konrad Widmer würde die SVP gerne Stefan Gubelmann vorschlagen. Er hat langjährige Erfahrung in der Baubranche und ist dort auch sehr gut vernetzt.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Stefan Gubelmann, SVP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt.

Traktandum 5**Gesch. Nr. 74****Ersatzwahl eines Mitglieds des Sekundarschulrats Binningen-Bottmingen ab dem 01.07.2025 für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2028**

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, nach dem Rücktritt von Thomas Häfele habe sich Pascal Treuthardt für das Amt als Mitglied des Sekundarschulrats beworben. Seine Bewerbung haben die Ratsmitglieder in ihren Unterlagen.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP erklärt, die FDP schlage Pascal Treuthardt vor. Die, die in Binningen in der Politik aktiv sind, kennen ihn bestens. Er war 22 Jahre im Einwohnerrat und durfte 2017 das Präsidium des Einwohnerrats führen. Er zeichnet sich als jemand aus, der mit der Gemeinde Binningen und den Abläufen in Politik und Verwaltung bestens vertraut ist. Die Fraktion schlägt daher Pascal Treuthardt zur Wahl vor.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Pascal Treuthardt, FDP, wird ab 1. Juli 2025 für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2028 als Mitglied in den Sekundarschulrat Binningen-Bottmingen gewählt.

Traktandum 6**Gesch. Nr. 75****Dringliche Interpellation P. Frauchiger, FDP: Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb**

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP beantwortet die Fragen sehr gerne. Einleitend macht sie folgende Bemerkung: Der Gemeinderat hat den Submissionsentscheid an seiner Sitzung vom 3. Juni 2025 gefällt. Am 4. Juni 2025 um 16.56 Uhr ging die Interpellation von Peter Frauchiger ein. Erst am 5. Juni 2025 haben die Submissionsteilnehmenden den Entscheid schriftlich mitgeteilt erhalten. Die Interpellation von Peter Frauchiger geht also von relativ vielen Annahmen aus.

1. Berücksichtigung lokaler Medienstrukturen

- *Welche Bedeutung wurde bei der Submission dem lokalen Bezug und der langjährigen Verankerung des Binner Anzeigers beigemessen?*

Im Rahmen einer Submission im offenen Verfahren ist es gemäss der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen nicht gestattet, der langjährigen lokalen Verankerung eines Anbieters eine übermässige Bedeutung beizumessen, da alle Anbieter gleichbehandelt werden müssen.

- *Gab es eine Gewichtung zugunsten von Anbietern mit lokaljournalistischer Kompetenz und gesellschaftlichem Engagement in Binningen?*

Der Nachweis der Rekrutierung von ortskundigen Journalisten/innen war eines der Eignungskriterien im Rahmen der Ausschreibung. Das gesellschaftliche Engagement in Binningen war im Rahmen dieser Submission irrelevant, da es sich um die Ausschreibung des Amtlichen Publikationsorgans handelte.

2. Dumpingpreis und faire Vergabe

- *Wie wurde im Vergabeverfahren verhindert, dass reine Dumpingangebote – wie jenes der BiBo (Annahme) – den Zuschlag erhalten, ohne qualitative bzw. äquivalente Mindeststandards zu erfüllen?*

Die Behauptung (wenn auch nur als «Annahme»), dass das Angebot der Friedrich Reinhardt AG ein 'reines Dumpingangebot' darstellt, ist eine Unterstellung, und würde absurderweise den Rückschluss zulassen, dass auch die bisherige Anbieterin derzeit mit einem 'reinen Dumpingangebot' operiert. Denn die derzeitigen Kosten für die Dienstleistung «Amtliche Publikationen» liegen für 2025 nur gerade 1,02 Prozent über dem Angebot der Friedrich Reinhardt AG für die eben abgeschlossene Submission. Selbstverständlich mussten im Rahmen der Submission qualitative Mindestanforderungen erfüllt werden.

- *Wurde eine Nachhaltigkeitsprüfung oder Bonitätsbewertung der Anbieter durchgeführt, um wirtschaftlich nicht tragfähige Angebote auszuschneiden?*

Eine eigentliche Bonitätsbewertung ist im Rahmen eines Submissionsverfahrens nicht möglich. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Angebote wurde über die Nachweise im Bereich Anzeigenverkauf (Insertevolumen, Anzeigenpreise, Anzeigenverbunde) und Referenzen sichergestellt.

3. Medienvielfalt und demokratischer Auftrag

- *Welche Rolle spielt aus Sicht des Gemeinderats die Medienvielfalt und die Unterstützung unabhängiger lokaler Medien im Rahmen solcher Vergabeentscheide?*

Die diesbezügliche Sicht des Gemeinderats ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Entscheidend ist vielmehr, dass die Submission im offenen Verfahren gemäss der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen durchzuführen ist.

- *Wie stellt die Gemeinde sicher, dass nicht rein kostengetriebene Entscheidungen langfristig zur Aushöhlung der lokalen Informationslandschaft führen?*

Der Begriff «Lokale Informationslandschaft» ist für den Gemeinderat nicht nachvollziehbar. Der implizite Vorwurf der «rein kostengetriebenen Entscheidungen» ist für den Gemeinderat ebenfalls nicht nachvollziehbar, denn das Zuschlagskriterium «Angebotspreis» wurde in der vorliegenden Submission mit nur 40 Prozent gewichtet, nicht mit 100 Prozent.

4. Auswirkungen und Mitbestimmung

- Welche Gremien oder Personen waren in die Entscheidungsfindung eingebunden? Gab es eine politische Diskussion im Gemeinderat oder in Kommissionen?

Die Submission wurde gemäss den gesetzlichen Vorschriften durchgeführt. Der Vergabeentscheid wurde im Rahmen einer ordentlichen Sitzung des Gemeinderats nach entsprechender Beratung gefasst. Die Frage nach einer politischen Diskussion in Kommissionen ist nicht nachvollziehbar und im Submissionsverfahren auch nicht üblich und nicht vorgesehen.

- Wurde der Bevölkerung kommuniziert, dass ein möglicher Wechsel des Publikationsorgans bevorsteht? Wenn nein: warum nicht?

Die Bevölkerung vor dem Submissionsentscheid bzw. während des laufenden Submissionsprozess über einen allfälligen bevorstehenden Wechsel zu informieren, ist absurd und würde die gesetzlichen Vorschriften betr. Submissionsprozess auf das Gröbste verletzen.

5. Perspektiven

- Ist vorgesehen, im Sinne der Transparenz und demokratischen Verantwortung, die Bewertungsmatrix oder Entscheidungsgrundlagen (entlang der vier Vergabekriterien) zu veröffentlichen?

Nein. Die Submissionsteilnehmer müssen bei jeglichen Submissionen davon ausgehen dürfen, dass ihre Angebotsinhalte vertraulich behandelt und nicht veröffentlicht werden.

- Plant der Gemeinderat, bei künftigen Vergaben verstärkt qualitative, gemeinwohlorientierte Kriterien zu integrieren?

Diese Frage insinuiert, dass der Gemeinderat bei der vorliegenden Vergabung zu wenig qualitative Kriterien berücksichtigt habe und ist daher entschieden zurückzuweisen. Gemeinwohlorientierte Kriterien werden bei künftigen Submissionen, welche unmittelbar das Gemeinwohl betreffen, selbstverständlich berücksichtigt.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erlaubt sich zwei zusätzliche Bemerkungen. Es wurde keine Zeitung ausgeschrieben, es wurden die amtlichen Publikationen ausgeschrieben. Das ist ein kleiner Teil einer Zeitung. Eine zweite Bemerkung: Es tut auch dem Gemeinderat leid für die heutige Dienstleisterin. Aber die Gemeinde ist an das öffentliche Vergaberecht gebunden und kann nicht einfach irgendeinen Entscheid zurechtbiegen. Es ist durchaus im Interesse des Gemeinderats, wenn die GPK das Geschäft nach Ablauf der Beschwerdefrist prüft. In zwei oder drei Tagen ist es ein abgeschlossenes Geschäft. Dann kann es die GPK prüfen und dann ist es vielleicht auch von dieser Seite irgendwann erledigt.

Präsidentin Karin Müller, SP fragt den Interpellanten, ob er mit den Antworten zufrieden ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Peter Frauchiger, FDP beantragt Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 34 JA / 2 NEIN (Abstimmung 03)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Christoph D. Maier, FDP erwähnt, am 17. Juni 2024 habe die Gemeindepräsidentin in der Diskussion eines Vorstosses der GRPK hier im Rat folgende Aussage gemacht: «In der letzten Ausschreibung des

amtlichen Publikationsorgans wie auch im aktuellen Vertrag mit dem Vertragspartner Buchdruckerei Lüdlin AG ist explizit festgehalten, dass neben den amtlichen Publikationen im redaktionellen Teil über das Geschehen aus Binningen und über Themen, die Binningen interessieren zu berichten ist. Dazu gehören Gewerbe, Wirtschaft, Kirche, Leserbriefe, Politik, Parteien, Wahlen, Abstimmungen, Sport, Veranstaltungen, Veranstaltungskalender, Belange der Vereine und das kulturelle Leben.». Weiter unten wird festgehalten: «So wird z.B. ausdrücklich verlangt, dass über Einwohnerratssitzungen Bericht erstattet wird. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die gewünschte und vertraglich festgelegte Berichterstattung im weiten Sinn, dazu gehören auch Leserbriefe, Mitteilungen, Beiträge von Vereinen etc., essentiell ist für das Leben und die politische Meinungsbildung in Binningen. Aus diesem Grund hält er auch an diesen Kriterien fest und weitet sie wie beschrieben sogar noch aus, dort wo es der Sache dient.». Das haben die Ratsmitglieder hier im Saal gehört.

Der Redner hat sich die Zuschlagskriterien angeschaut. Er findet dort die beschriebenen, ausgeweiteten Kriterien für die Vergabe nicht. Man hat es heute nochmals gehört. Es wurde einfach ein amtliches Organ ausgeschrieben. Alles andere hat nicht zu interessieren. Das ist nach Gesetz und Ordnung alles zu Recht erfolgt. Wenn man natürlich ein amtliches Organ ausschreibt und einfach schaut, wo man seine amtlichen Mitteilungen publizieren kann, dann ist klar, dass das dabei herauskommt, was jetzt herausgekommen ist. Was von der GRPK und auch im Rat in der Diskussion immer wieder klar gesagt wurde ist, dass alles, was daneben läuft, für die Einwohnerrät/innen das eigentlich Wichtige ist. Das Leserbriefforum. Dort möchte sich die Binninger Politik austauschen und auch weiterhin austauschen können. Das ist für das Leben und die Politik in Binningen absolut essentiell. Wenn dies nicht mehr stattfinden kann, weil man es nicht als Kriterium ausgeschrieben hat und folglich auch nicht machen muss, dann wird es das in Zukunft auch nicht mehr geben. Und der arme Binninger Anzeiger, der dies bisher geboten hat, geht dann halt zu Grunde. Das nimmt man mit einigen Tränen in den Augen einfach zur Kenntnis.

Wenn er sich das anschaut, muss er sagen, dass der Rat vor einem Jahr hier im Saal brandschwarz angelogen wurde. Die Kriterien sind nicht eingeflossen. Es ist klar, was dabei herauskommt. Die Anwesenden verlieren ihr Forum. Sie verlieren den Ort, wo sie sich austauschen können. Und der Gemeinderat verliert eine Oppositionsstimme. Er wird in Zukunft weniger kritisiert, das kann ihm ja auch noch passen. Das ist alles nach Gesetz und Ordnung. Es wurde heute nochmals erwähnt. Man kann gar nicht anders. Es ist alles so, wie es vorgeschrieben ist. Es ist genau so, wie man es machen muss, nicht? Aber die Aussage, die der Einwohnerrat erhalten hat, hatte Folgen. Die GRPK hat keine weiteren Fragen gestellt. Es wurde nicht verlangt, dass man die Zuschlagskriterien vor der Ausschreibung sehen möchte. Die Ratsmitglieder haben geglaubt, was sie hier im Saal gehört haben. Was dann passiert ist, ist jetzt halt passiert. Dann gibt es halt kein akzeptiertes Forum mehr, wo man sich in der Gemeinde über politische Sachen austauschen kann. Der Votant ist ziemlich enttäuscht. Das muss er sagen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP kann ihren Vorredner beruhigen. Die Enttäuschung ist völlig umsonst, denn alle Kriterien, die damals genannt wurden, sind unter dem Kapitel «Konzept» selbstverständlich in die Submission eingeflossen. Wenn die GPK das Geschäft prüft, wird sie feststellen, dass all diese Kriterien nach wie vor vorhanden sind, so wie es gesagt wurde. Genau so wurde es ausgeschrieben. Es gab verschiedene Eignungskriterien: Konzept, Preis und Qualität. Unter den Eignungskriterien «Konzept» sind genau diese Sachen drin. Berichterstattung über Veranstaltungen, Sport, Vereine, Leserbriefe, Kulturelles, Politik etc. Das ist in den Eignungskriterien enthalten. Man kann dies nicht öffentlich machen, aber die GPK kann es anschauen. Sie versichert den Anwesenden, dass sie sich keine Gedanken machen müssen. Die Berichterstattung findet genau gleich statt wie bisher. Die Leserbriefe finden statt. Das ist alles enthalten. Es wurde überhaupt nichts rausgestrichen. Das ist schlicht falsch. Es wird alles genau gleich stattfinden einfach unter einem anderen Namen.

Roman Oberli, SVP erklärt, die Gemeindepräsidentin habe es gesagt, die GPK kann das Geschäft untersuchen. An dieser Stelle möchte er den Antrag stellen, dass dies formell als Auftrag an die GPK übergeben wird.

ABSTIMMUNG

Überweisung in GPK: 33 JA / 1 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.
- ://: 2. Das Geschäft «Submission amtliches Publikationsorgan» wird zur Untersuchung an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen.
-

Traktandum 7

Gesch. Nr. 57/57A

Jahresbericht 2024 und Leistungsberichte 2024

Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2024

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

RPK-Präsidentin Brigitte Schori, FDP möchte sich zuerst beim Gemeinderat und der Verwaltung für die frühe Zustellung der Rechnung bedanken und dafür, dass sie sich immer Zeit genommen haben, die Fragen der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zu beantworten. Sie dankt auch den Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit. Der RPK-Bericht zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung 2024: Das Prüfungsurteil der Revisionsgesellschaft lautet, dass die Gemeinderechnung dem Gesetz entspricht und keine Feststellungen gemacht wurden. Die PWC hat die Umlagen vertieft angeschaut und festgestellt, dass dort alles korrekt ist. Sie hat auch festgestellt, dass der Fokus zurzeit auf der Umverteilung der internen Kosten auf interne Produktgruppen liegt. Externe Leistungen werden direkt in Rechnung gestellt und Schnittstellen werden vermieden. Somit fallen keine internen Kosten an, die auf externe umgelegt werden müssten. Die PWC hat zudem die Versorgungsregion angeschaut. Sie hat Intransparenz festgestellt und dass eine Aufgabenüberprüfung nötig sei. Ebenso, dass eine Problematik bei den Tarifverhandlungen bestehe. Auch schreibt sie von fehlender Transparenz und einem Testsystem.

Zur Beurteilung der Jahresrechnung: Die Gemeinde hat einen Ertragsüberschuss von 7,3 Mio. Franken. Ohne die positiven Ertragsabweichungen gegenüber Budget, vor allem im Bereich Steuern, und dem tieferen Personalaufwand sowie Sach- und übriger Betriebsaufwand hätte Binningen aufgrund der Zunahme des Transferaufwands ein Defizit gehabt. Diese Zunahme ist massgeblich durch Mehraufwendungen in Bereich stationäre Angebote von 3,3 Mio. Franken begründet, das in Folge eines Systemwechsels und der Revision des KVG. Dieser Kostenanstieg ist so nicht akzeptabel. Es besteht die Gefahr, dass der Gemeinderat bereits auf die Budgetperiode 2026 eine Steuererhöhung anstreben könnte, um den Anstieg der Gesundheitskosten und die geplanten Investitionen finanzieren zu können. Auch dies wäre nicht akzeptabel, denn zuerst müssen alle Massnahmen ausgeschöpft werden.

Aufgrund dieses Kostenanstiegs ist eine vertiefte Analyse der Versorgungsregion erfolgt. Die Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch ist seit April 2023 tätig, ebenso die Revision des KVG und der Systemwechsel. Das heisst, Erfahrung konnte gesammelt und ein Controlling etabliert werden. Bereits im Jahr 2023 hätte man sehen können, dass die Taxen abweichen und dann reagieren bzw. informieren müssen. Die Konsequenzen des neuen Systems sind eine finanzielle Mehrbelastung der

Gemeinde. Binningen hat einen Mehraufwand von 3,3 Mio. Franken auf neu 7,5 Mio. Franken. Das ist 77,6 Prozent über Budget bzw. 65 Prozent über dem Vorjahreswert. Gemeinderat Stephan Appenzeller hat die Ursachen wie folgt erläutert: 60 Prozent Taxen infolge des Systemwechsels, 30 Prozent Pflegestufe und 10 Prozent mehr Personen. Auch die Kosten der ambulanten Gesundheits- und Betagtenangebote sind gestiegen auf 2,7 Mio. Franken. Zeitgleich wie die Mehrbelastung der Gemeinde gab es beim Kanton, wie man aus dem Jahresbericht des APHs sieht, eine finanzielle Minderbelastung. Die RPK-Präsidentin möchte klar darauf hinweisen, dass nirgends im Bericht und in keiner RPK-Sitzung gesagt wurde, dass die Taxen inkorrekt angewendet wurden. Der Ertrag wurde im APH aufgrund des Systemwechsels und der höheren Taxen erzielt. Es ist der Rednerin klar, dass es beim Bericht einen Interpretationsspielraum und auch unterschiedliche Fokusse gibt. Sie findet es aber problematisch, dass eine Einflussnahme von Seiten Externer stattgefunden hat.

Zur aktuellen Lage: Die Versorgungsregion hätte die Kostenentwicklung frühzeitig erkennen und kommunizieren, Massnahmen zur Kosteneindämmung vorbereiten und proaktiv und faktenbasiert informieren müssen. Die Versorgungsregion hat Schwächen. Es gibt unterschiedliche Interessen, Milizdelegierte stehen professionellen Leistungsanbietern gegenüberüber und die Delegierten legen die Tarife fest und genehmigen sie auch. Es ist ein Mangel an Controlling und Modellierungs- und Prognoseinstrumenten und ebenso ist eine gemeinsame Interessenvertretung nicht konsistent. Schönenbuch hat drei Personen in einem Alters- und Pflegeheim, Allschwil hat einen Fiskalertrag von 130 Mio. Franken, d.h. 41,6 Prozent über Budget. Ihnen macht dieser Anstieg nicht wirklich weh. Es bleibt also eigentlich nur Binningen übrig. Die Kommission fordert eine Rückzahlung für das Jahr 2025, sofern keine wirksamen Tarifanpassungen erfolgen. Wichtig ist auch eine Senkung der Taxen 2026. Bei der Überprüfung des APHs hat die RPK es als stossend empfunden, dass der buchhalterische Freiraum genutzt wurde und zusätzlich 2 Mio. Franken Abschreibungen stattgefunden haben.

Zu den Massnahmen zur Stabilisierung: Es muss das Ziel aller sein, die Kosten einzudämmen. Es ist im Interesse des Einwohnerrats, der Gemeinde, der 171 Binnerer Bewohnenden, die in den Heimen sind und diese Kosten ebenfalls tragen, der Steuerzahlenden, der Krankenkassen und des Kantons. Somit ist es notwendig, dass das Knowhow und die Verhandlungsfähigkeit gestärkt werden, Modellierungstools und Controlling verbessert und der Grundsatz «ambulant vor stationär» umgesetzt wird. Die RPK hat Anträge formuliert, die Verantwortung der Delegierten zu stärken bzw. konstruktive Zusammenarbeit und Mandatsbindung, eine klare verbindliche Aufgabenverteilung, d.h. auch eine statutarische Nachschärfung, ein Controlling mit regelmässigen Berichten, eine Rückzahlung für das Jahr 2025, die Umsetzung von «ambulant vor stationär» und dass ein Dialog mit dem Pflegeheim aufgenommen wird für Verhandlungen und Überprüfung. Es geht darum, Massnahmen zu eruieren und Kosten zu reduzieren, Synergien zu nutzen, Effizienzsteigerung, aber v.a. auch die Stärkung der Zusammenarbeit und die verbesserte Koordination die verschiedenen Leistungsanbieter. Die Kommission möchte die Auswirkungen der Gesundheitskosten auf die Investitionsvorhaben sehen. Sie beantragt auch, dass notwendige Massnahmen zur Beibehaltung des Steuerfusses aufgezeigt werden und ein Aufwandüberschuss budgetiert werden kann, bevor über eine Steuererhöhung debattiert wird.

Zum Fazit: Es ist der RPK klar, dass es äussere Umstände, aber auch strukturelle und organisatorische Schwächen sind. Es gibt unterschiedliche Interessen. Es geht weder darum, die Leistung der Delegierten noch die des APHs in Frage zu stellen. Die Komplexität der Aufgaben macht es einfach zwingend erforderlich, dass die Kompetenzen der Delegierten und der Fachstellenleitung den steigenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen angepasst werden. Das Risiko dieser steigenden Kosten ist für die Gemeinde zu gross. Es braucht Transparenz, strategische Führung und eine konsequente Interessenvertretung. Nur so lässt sich die demografisch bedingte Kostenentwicklung mittel- bis langfristig auf ein tragbares Mass lenken. Bzgl. Ergebnisverwendung empfiehlt die Kommission, dass der Ertragsüberschuss von 7,3 Mio. Franken vollumfänglich in den Bilanzüberschuss eingelegt wird. Die RPK empfiehlt, sämtlichen Anträgen zu folgen. Bei den Anträgen der Kommission geht es nicht ums Detail, sondern um mögliche Handlungsfelder für den Gemeinderat aufzuzeigen, damit notwendige Massnahmen ergriffen

werden können. Wir müssen jetzt reagieren, da die höhere Belastung 2025 absehbar ist und ein klares Signal für die Tarifverhandlungen 2026 erfolgen muss. Wir haben alle das gleiche Ziel und zwar die Kosten in den Griff zu bekommen. Es ist in der Verantwortung des Einwohnerrats, da er die Statuten der Versorgungsregion genehmigt und die Delegierten gewählt hat. Deshalb ist jetzt der Auftrag an den Gemeinderat notwendig. Die RPK-Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, allen Anträgen zuzustimmen.

Urs Hauri, Grüne/EVP bedankt sich namens der Grünen/EVP bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für den Rechnungs- und Geschäftsbericht, der dieses Jahr zusammen gekommen ist und bei der RPK für die Würdigung. Die Fraktion nimmt erfreut Kenntnis vom positiven Ergebnis, welches aber wie so häufig in den letzten Jahren nur wegen Sondereffekten zustande gekommen ist. Negativ überrascht nehmen sie Kenntnis vom überraschenden Mehraufwand von über 3 Mio. Franken bei der stationären Pflege, oder generell der Pflege, der scheinbar nicht prognostiziert werden konnte, scheinbar im ganzen Kanton nicht. Der Votant findet es interessant, wie solche Gesetzesänderungen plötzlich ganz andere Ergebnisse haben, als prognostiziert werden konnte. Die Grünen/EVP unterstützen daher den Antrag der RPK, der dahin zielt, die Belastung der Gemeinde in Zukunft zu reduzieren und allenfalls auch Geld für das laufende Jahr zurückzuerhalten. Im Moment ist es für die Fraktion völlig unklar, wie erfolgreich diese Massnahmen sein werden und wie hoch die zukünftige Belastung im Sozialbereich damit ausfallen wird.

Zusätzlich weiss man, dass die Gesellschaft immer älter wird. Es wird einen steigenden Anteil von betagten Personen geben. Unabhängig von irgendwelchen gesetzlichen Grundlagen sind steigende Kosten zu erwarten. Die Grünen/EVP sind deshalb, gerade im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen ziemlich erstaunt, dass ein Antrag vorliegt, den Überschuss, den die Gemeinde dieses Jahr gemacht hat, an die Steuerzahlenden zurückzuzahlen anstatt ihn in den Bilanzüberschuss zu überweisen. Es ist schon klar, die Steuerzahlenden haben zu viel einbezahlt. Aber das Geld wird die Gemeinde nicht verschwenden, sondern braucht es für zukünftige Investitionen. Zudem besteht die Unsicherheit im Bereich Sozialwesen, die das Budget zusätzlich belasten wird. Wenn dies gut funktioniert, müssen wir in Zukunft keine unerwünschten Steuererhöhungen haben. Das will niemand und es wurde heute schon mehrfach ange-tönt. Seine Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass man das Geld in den Bilanzüberschuss überweisen sollte. Die Grünen/EVP stimmen allen Anträgen des Gemeinderats und der RPK zu.

Hubert Steffen, SVP teilt mit, die SVP bedanke sich bei der zuständigen Gemeinderätin für den vorliegenden Jahres- und Leistungsbericht. Im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden, welche teilweise für das Jahr 2024 massive Verluste ausgewiesen haben, schliesst die Rechnung in Binningen mit einem Überschuss von 7,3 Mio. Franken ab. Das operative Ergebnis ist aber lediglich 2,8 Mio. Franken. Der Überschuss ist vor allem auf höhere Steuereinnahmen, einen einmaligen Sondereffekt einer höheren Quellensteuer von 2,5 Mio. Franken und die Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen von rund 2,3 Mio. Franken zurückzuführen. Die Gemeinde Binningen hat in ihrer ganzen Historie noch nie so viele Steuern eingenommen wie im Jahr 2024. Die SVP ist überzeugt, dass die erfreulichen Steuereinnahmen für das Jahr 2024 auch mit den Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen zusammenhängen. Eine Abwanderung von guten Steuerzahlenden in einen anderen Kanton konnte man durch diese Steuersenkungen verhindern. Trotzdem ist der Kanton Baselland nach wie vor kein attraktiver Standort mehr. Bei der Steuerbelastung ist er nach wie vor im unteren Drittel aller Kantone. Auch der Wirtschaftsstandort Baselland muss attraktiver gestaltet werden. Für die Attraktivität als Unternehmensstandort spielen Faktoren wie das Geschäftsumfeld, weniger gesetzliche Regulierungen, die Steuerbelastungen sowie das Angebot an Arbeitsplätzen und Fachkräften eine sehr wichtige Rolle.

Wiederum störend ist, dass bei den Investitionen Position aufgeführt sind, die nicht realisiert wurden. Nach Auffassung der SVP dürften nur Investitionen budgetiert werden, die auch spruchreif sind. Die Gemeinde Binningen hat einen riesigen Investitionsstau. Was in der Rechnung sehr besorgniserregend ist, ist der unerwartet schlechte Abschluss vor allem im Bereich Alters- und Pflegeheime mit Mehrkosten von 3,3 Mio. Franken. Dieser negative Trend muss unbedingt gestoppt werden, sonst drohen Steuererhöhungen für die Gemeinde Binningen, was die Fraktion aber bekämpfen wird. Um den Finanzhaushalt

der Gemeinde zu entlasten, sind Einsparungen notwendig. Dem Baselbieter Steuerparadies droht sonst der Abstieg in eine fiskalische Zwischenhölle. Das würde zudem bedeuten, dass geplante Investitionen auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssten und der Finanzausgleich müsste aus heutiger Sicht ebenfalls überdenkt werden. Auch sind entsprechende und umfassende Aufgabenüberprüfungen dringend notwendig. Die SVP wird den Anträgen, ausser Antrag 5 «Ergebnisverwendung», zustimmen.

Andrea de Fregias, SP erläutert, das positive Ergebnis werde von der SP-Fraktion zur Kenntnis genommen. Es ist aber klar, dass es auf ausserordentlichen Faktoren beruht und bestehende Herausforderung verdeckt. Strukturelle Probleme bleiben so bestehen, wie z.B. die tiefe Investitionstätigkeit oder die wachsende Belastung im Gesundheitsbereich. Genau dort, im Gesundheitsbereich, sieht die Fraktion einen besonderen Handlungsbedarf in Bezug auf Transparenz, fachliche Kompetenz und die Rolle der Gemeinde in der Versorgungsregion. Die SP steht hinter den Anträgen der RPK.

Lukas Jegge, Mitte/GLP teilt mit, die Mitte/GLP nehme die erfolgreiche Jahresrechnung der Gemeinde Binningen mit einem Ertragsüberschuss von 7,3 Mio. Franken zur Kenntnis. Zu diesem Ergebnis haben vor allem Steuereinnahmen beigetragen. Das wurde bereits mehrfach erwähnt. Konkret die nicht budgetierten Steuereinnahmen von 6,2 Mio. Franken, davon waren 4,5 Mio. Franken aus vergangenen Jahren und 1,7 Mio. Franken kamen aus dem Jahr 2024. Die Fraktion findet, dass die 7,3 Mio. Franken in den Bilanzüberschuss eingelegt werden sollten, sodass dieser dann auf 43,2 Mio. Franken ansteigt. Mit dieser Einlage kann das Eigenkapital der Gemeinde von 117 Mio. Franken auf 124,1 Mio. Franken gesteigert werden. Sorgen machen der Mitte/GLP, und das hat man auch schon mehrfach gehört, die 3,3 Mio. Franken Mehrkosten der stationären Pflege, sage und schreibe 77 Prozent über Budget. Die Mitte/GLP fordert, dass die Kosten in diesem Bereich nicht weiter steigen. Auch sie möchten keine Steuererhöhung in den nächsten Jahren riskieren, daher begrüssen sie den Willen der Kommission und des Gemeinderats, die Kosten zu senken bzw. Einfluss zu nehmen. Die Fraktion begrüsst die Massnahmen, um dem Kostenwachstum entgegenzutreten und unterstützt daher die Forderungen bzw. die Anträge der RPK. Die Mitte/GLP hat beschlossen, sämtlichen Anträgen zu diesem Geschäft zuzustimmen.

Evelyne Treuthardt, FDP führt aus, die Jahresrechnung 2024 schliesse mit einem Ertragsüberschuss von 7,3 Mio. Franken ab. Das ist 8,4 Mio. Franken besser als budgetiert. Zurückzuführen ist das positive Ergebnis auf höhere Steuereinnahmen (+6,2 Mio. Franken). Davon sind 4,5 Mio. Franken Erträge aus früheren Jahren und 1,7 Mio. Franken Mehreinnahmen für das Jahr 2024. Im Weiteren übertreffen die Quellensteuern das Niveau des Vorjahres um rund 2,5 Mio. Franken, was auf einen einmaligen Sonder-effekt zurückzuführen ist. Handlungsbedarf besteht in Bereich Gesundheit und Alter. Der Gemeinderat hat einen externen Gesundheitsökonom beauftragt, um notwendige Massnahmen zu erarbeiten. Insgesamt kann aktuell aber festgehalten werden, dass Binningen zurzeit eine sehr gesunde Finanzbasis hat. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gemeinde aufgrund grosser Investitionen weiterhin sehr sorgfältig mit ihren Finanzen umgehen muss. Die Problematik der Versorgungsregion wurde anhand der vertieften Analyse der Kommission aufgezeigt. Die FDP ist besorgt über diese Entwicklung der Gesundheitskosten und begrüsst, dass messbare Massnahmen, insbesondere Tarifverhandlungen durch einen Profi, stattfinden. Die Fraktion fordert vom Gemeinderat innerhalb von sechs Monaten einen Bericht zu den getroffenen Massnahmen. Die FDP empfiehlt die Annahme der Anträge des Gemeinderats und der Kommission.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP dankt für die Voten und insbesondere auch der RPK für ihren umfassenden und klaren Bericht. Der RPK-Bericht erfasst das Kernproblem im Bereich Alter und Gesundheit mit den unerwarteten und überdurchschnittlich steigenden Pflegekosten klar und verlangt eine sorgfältige Abwägung der Konsequenzen dieses Anstiegs sowie umgehende Gegenmassnahmen zur Senkung dieser Kosten. Der Gemeinderat teilt diese Meinung der RPK vollumfänglich und hat sofort nach Bekanntwerden dieser eskalierenden Situation im Bereich Alter und Gesundheit Massnahmen eingeleitet und Gespräche geführt mit diversen Stakeholdern aus diesem Umfeld in der Versorgungsregion. Die Situation zeigt sich höchst komplex und die verschiedenen Interessengruppen der Versorgungs-

region haben teilweise unterschiedliche Ziele. Das heisst, dass der konsequente Weg des Gemeinderats, Binningen zur gezielten Kostensenkung in der Versorgungsregion zu führen, nicht nur auf Gegenliebe stösst. Nichtsdestotrotz lässt sich der Gemeinderat nicht davon abbringen, alles zu unternehmen, um hier nachhaltige Lösungsansätze zu finden und umzusetzen. Einerseits im Hinblick auf die direkten Kostenfolgen und andererseits auch in struktureller Hinsicht mit Blick auf die Versorgungsregion. Das ist wichtig, weil ein Fortschreiben der Kosten in dieser Höhe ohne Gegenmassnahmen, wie bereits gesagt wurde, zwangsläufig eine Steuererhöhung zur Folge hätte. Das kann und will der Gemeinderat nicht akzeptieren. Daher begrüsst er die Forderungen der RPK sehr, eine Steuererhöhung bis zum Vorliegen von gesicherten Erkenntnissen um jeden Preis zu umgehen. Diese Forderung hat man bereits in die Arbeiten für das Budget 2026 einfliessen lassen.

Im Weiteren freut sich der Gemeinderat, den Ratsmitgliedern mitteilen zu dürfen, dass in Kürze mit ersten Erkenntnissen durch Prüfung eines Sachverständigen gerechnet werden kann. Bis es aber soweit ist, bittet sie die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, auf kurzfristige Steuerrückforderungen zu verzichten, obwohl die Forderungen nach Steuerrückvergütungen auf den ersten Blick durchaus verständlich und nachvollziehbar sind. Aber nur, wenn man auf den Überschuss der Rechnung 2024 schaut. Auf den zweiten Blick und insbesondere nach dem Studium des RPK-Berichts sollte unmissverständlich klar sein, dass eine Steuerrückvergütung zum jetzigen Zeitpunkt ein komplett falsches Zeichen setzen würde. Der RPK-Bericht fordert klipp und klar eine sorgfältige Abwägung der Konsequenzen aus diesem überdurchschnittlich hohen Anstieg der Pflegekosten im Bereich Alter und Gesundheit und umgehende Gegenmassnahmen zur Senkung dieser Kosten. Wenn man dies nicht machen würde und bei einer Fortführung des aktuellen Trends mit der Hochrechnung 2024 als Mehrkosten ohne Gegenmassnahmen wären die Mehrkosten in den nächsten Jahren ohne Steuererhöhungen nicht tragbar. Darum ist der Gemeinderat sehr aktiv daran, Gespräche mit den verschiedenen Interessenvertretern der Versorgungsregion zu führen. Gleichzeitig ist er an der Umsetzung von weiteren Massnahmen, um seiner Verantwortung für den Binninger Finanzhaushalt gerecht zu werden. Gerade weil der Gemeinderat sich aktuell und jetzt so stark an der Front in der Versorgungsregion engagiert, wäre eine Steuerrückvergütung zum jetzigen Zeitpunkt ein komplett falsches Zeichen. Solange keine Lösungsansätze erarbeitet wurden und einen nachhaltigen Weg aus dieser Krise aufzeigen, sollte man auf solche Signale, die schlechte Zeichen setzen, verzichten. Daher bittet der Gemeinderat die Ratsmitglieder eindringlich, die Vorstösse zu Steuerrückvergütungen abzulehnen.

Stephan Siegel, SVP möchte noch etwas zum Thema Versorgungsregion, Taxsystem und stationäre Kosten sagen. Er ist in der Rechnungsprüfungskommission und war in der Subkommission, die sich mit diesem Thema genauer beschäftigen konnte und möchte seine Ansichten hier erläutern. Die Präsidentin der RPK hat es bereits leicht angetönt. Es ist nicht so, dass man hier plötzlich ein Problem hat. Okay, es ist eine Herausforderung. Nun wird mit einem Experten geschaut und dann kann man dies sicher wieder zurecht bügeln. Der Redner denkt allerdings, über kurz oder lang werde Binningen aus dieser Versorgungsregion austreten, weil es schlicht und einfach ein schlechtes Konstrukt ist. Das haben alle Anwesenden, er inklusive, nicht gesehen. Es war gut gemeint. Aber wenn man es sich anschaut, ist es einfach so, dass die Versorgungsregion gegenüber den Leistungserbringern in einer asymmetrischen Situation ist. Milizdelegierte, die das nebenberuflich machen, sollen mit professionellen Leistungserbringern Taxen verhandeln. Das funktioniert nicht. Selbst der delegierte Gemeinderat ist ein Milizdelegierter und kein 100prozentiger Profi, so wie es die Heime sind. Aus dieser schlechteren Position kann man grundsätzlich nichts Besseres erwarten. Man hat es gesehen. Es wurde nicht erkannt, dass hier höhere Kosten auf die Gemeinde zukommen, obwohl es klar war, wie das Setup war, die Taxen gehen hoch. Aber es wurde nicht gesehen. Niemand hat es gesehen.

Die RPK-Präsidentin hat die eingeschränkte Interessensvertretung erwähnt. Binningen ist dort ein Drittel, wenn es gut kommt. Jetzt interessiert es uns. Uns betrifft es, die anderen nicht. Für uns spielen in erster Linie die Heime in Binningen eine Rolle, da die Binninger dorthin gehen und es fast keine Nicht-Binninger hat. Das heisst, wenn wir schlechte Taxen für die Binninger Heime haben, dann betrifft dies

Allschwil und Schönenbuch überhaupt nicht. Für sie ist es kein Problem und sie werden sich auch nicht dafür ins Zeug legen. Es ist einfach ein falsches Konstrukt, von dem man nicht erwarten kann, dass etwas Besseres dabei rauskommt. Wenn die Gemeinde nun logischerweise, wie es Gemeinderat Stephan Appenzeller erklärt hat, Aufwand betreiben muss, um zu schauen, was hier passiert ist – mit externer Hilfe, es braucht ein Controlling-System etc. –, dann macht man es wieder auf Gemeindeebene. Eine Gemeinde kann gemäss Gesetz austreten und muss nicht in einer Versorgungsregion sein, wenn sie es selbst stemmen kann. Das geht. Er denkt, dies werde Binningen über kurz oder lang auch machen.

Christian Schmid, SVP hält fest, dass Binningen einen Überschuss von über 7 Mio. Franken gemacht hat. Er möchte dazu das Protokoll von der 28. Sitzung des Einwohnerrats vom 4. Dezember 2023 zitieren. Das war vor mehr als 1,5 Jahren. Es handelt sich um ein Zitat des Redners selbst: «Die Einwohner müssen seit 2022 höhere Steuern bezahlen, weil sonst angeblich das Geld nicht reichen würde. Als einzige Partei hat die SVP damals darauf hingewiesen, dass die Steuererhöhung nicht nötig ist. Es gab bereits zwei Jahre mit einem Überschuss von rund 10 Mio. Franken.». Der Redner springt weiter im Zitat. Er erklärte damals die kalte Progression und wieso man deswegen stark davon ausgehen könne, dass es weiterhin grössere Gewinne geben werde. «Er ist erstaunt darüber, dass andere Parteien hier von einer finanziell kritischen Situation sprechen. Letztes Jahr hat seine Fraktion bereits darauf hingewiesen, dass es wahrscheinlich wieder einen massiven Überschuss geben wird und genau so kam es. Was muss noch alles passieren, bis man die Steuern senken kann? Daher stellt die SVP als einzige Partei –, wobei Thomas Hafner damals gesagt hat, er sei auch dafür –, den Antrag einer Steuersenkung. Die Fraktion möchte eine Senkung des Gemeindesteuersatzes von 49 Prozent auf 47 Prozent.».

Jetzt, 1,5 Jahre später ist wieder das eingetroffen, was seine Fraktion gesagt hat. Zudem möchte er darauf hinweisen, vielleicht liegt es an mangelndem Verständnis gewisser Personen, dass die Gemeinde die eingenommenen Quellensteuern wieder einnehmen wird, ausser die Person zieht weg. Zu sagen, es sei eine ausserordentliche Einnahme ist eigentlich falsch. Es ist einfach im einen Topf, in dem es nun in die Gemeinde kam und im nächsten Jahr wird es in einem anderen Topf sein, aber trotzdem in die Gemeindekasse kommen. Es kann den Anwesenden gleichgültig sein, ob es eine Quellensteuer oder eine ordentliche Einkommenssteuer ist. Das Geld wird wiederkommen, ausser die Person wäre weggezogen. Hier zu sagen, es sei ganz ausserordentlich und speziell, ist einfach falsch. Denn wenn die Person nicht weggezogen ist, kommt das Geld wieder. Der Votant persönlich sieht dies als Versuch, die Einwohner zu täuschen. Klar, bei der Versorgungsregion gab es höhere Kosten. Das stimmt. Aber er sagt es nochmals: Es wurden über 7 Mio. Franken Gewinn erzielt. Das ist mehr als 10 Prozent der Einnahmen. Nochmals: Was muss noch passieren, bis wir die Steuern senken können?

Leon Behrends, FDP stellt klar, die FDP unterstütze alle Anträge in ihrer Form bis auf Antrag 5 «Ergebnisverwendung». Für diesen hat die Fraktion einen Änderungsantrag vorbereitet, welcher der Präsidentin vorliegen sollte. Er freut sich, die inhaltliche Begründung dazu jetzt vorstellen zu dürfen. Christian Schmid hat in seiner Motion die Idee einer Steuerrückvergütung aufgebracht. Die FDP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung des Motionärs, denn die Gemeinde hat in jedem der vergangenen fünf Jahre einen Überschuss erzielt. Wer strukturelle Überschüsse erwirtschaftet, soll diese nicht auf Dauer horten. Eine Rückvergütung an die Bevölkerung stärkt das Vertrauen in eine liberale, haushälterische Finanzpolitik und setzt ein deutliches Signal gegen die Versuchung, Überschüsse reflexartig in neue Projekte zu lenken. Wie man aus gewissen Voten heraushört, findet sich für jeden zusätzlichen Franken rasch einen Verwendungszweck. Die Rückführung der Mittel hingegen würde die Politik und die Verwaltung darum zur Prioritätensetzung und Effizienz zwingen.

Problematisch findet der Votant jedoch die pauschale Rückvergütung von 10 Prozent. Rund 2,3 Mio. Franken des ausgewiesenen Überschusses sind reine Aufwertungsgewinne im Finanzvermögen, also keine liquiditätswirksamen Mittel. Weitere 4,5 Mio. Franken stammen aus Nachzahlungen von früheren Steuerperioden. Einmaleffekte ohne Aussagekraft für die künftige Ertragskraft der Gemeinde. Würde man die vollen 10 Prozent ausschütten, würde somit Geld ausgegeben werden, welches faktisch nicht in

der Kasse liegt. Übertriebene Rückvergütungen heute könnten morgen Steuererhöhungen erzwingen. Das ist das Gegenteil von liberaler Stabilität. Deshalb stellt die FDP den Antrag, die Höhe der Rückvergütung auf 5 Prozent des Fiskalertrags anzusetzen. In Franken sind dies rund 3 650 000 Franken. Das ist die Hälfte des Budgetüberschusses. Übrigens hat auch der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt in einer Motion einer Steuerrückvergütung zugestimmt. Ein weiterer Beleg dafür, dass eine massvolle Rückführung von Überschüssen eine politisch vertretbare Variante zur Mittelverwendung ist. Zusammengefasst lehnt die FDP den Vorschlag einer Steuerrückvergütung in der Höhe von 10,01 Prozent ab, befürwortet aber eine einmalige Steuerrückvergütung im Umfang von 5 Prozent des Fiskalertrags. Damit werden überschüssige, öffentliche Mittel an die Steuerzahlenden zurückgeführt, ohne die finanzielle Solidität der Gemeinde zu gefährden.

Nina Eldridge, Mitte/GLP ist nicht buchhalterisch unterwegs und hat auch keine Ahnung, was im Detail in der RPK diskutiert wurde. Wenn sie es aber richtig verstanden hat, ist es eine einmalige Auszahlung der 7,5 Mio. Franken. Das heisst, es sollte eigentlich nicht gegeben sein, dass die Gemeinde im nächsten, übernächsten und in den weiteren Jahren wieder einen Überschuss erzielt. Wenn man nun davon ausgeht, dass es am Schluss vielleicht noch die Hälfte des Überschusses ist, dann ist man bei 3,5 Mio. Franken. Wenn man dies auf ca. 10 000 Steuerzahlende runterrechnet, ist man bei ca. 350 Franken, die jeder ungefähr zurückerhalten sollte. Dies aber natürlich noch im Verhältnis dazu, wieviel man einbezahlt hat. Das heisst, wenn man sich irgendwo um den Medianlohn befindet, hat man vielleicht 100 bis 200 Franken, die man zurückerhält. Sie fragt sich, ob sich das wirklich lohnt. Klar, für gewisse Familien ist es ein Betrag. Es ist aber auf das ganze Jahr. Was sich aber wirklich lohnt ist, wenn man das Geld zusammennimmt und es als Gemeinde wieder investieren kann, wenn es wieder in unsere Gesellschaft investiert wird. Am Schluss sind die 100 Franken in der Gemeinde besser investiert als einfach nochmals in der Hand. Davon ist sie überzeugt. Daher sieht sie den Sinn nicht, dass man dieses Jahr 5 oder 10 Prozent zurückzahlen sollte.

Christian Schmid, SVP äussert, immerhin erkenne jetzt zumindest ein Teil der FDP, nachdem die SVP dies angekündigt, die Motion verschickt und gesagt hat, sie werde diverse Anträge stellen, dass man im Jahr 2021 einen Fehler gemacht hat mit dieser Steuererhöhung. Es ist auch wichtig zu wissen, dass eine Steuerrückvergütung keinen Einfluss auf den Finanzausgleich hat. Das heisst, Binningen subventioniert, weil die Gemeinde höhere Steuern hat, zusätzlich die anderen Gemeinden. Die anderen Gemeinden kann es freuen. Aber die Anwesenden sitzen hier im Einwohnerrat von Binningen und die Steuerzahlenden von Binningen freut es nicht. Er möchte nochmals ein Zitat bringen und zwar aus dem Jahr 2021. Dort hat Hubert Steffen gesagt: «Es ist daher unnötig und nicht plausibel, zum jetzigen Zeitpunkt eine Steuererhöhung von einem Prozent zu beantragen. Steuern auf Vorrat zu erheben ist verboten.». Sein Kollege Stephan Siegel hat in der gleichen Debatte, auch am 6. Dezember 2021, gesagt: «Aktive Sparbemühungen sieht er keine. Das Wichtigste für die Gesellschaft ist verfügbares Einkommen beim Bürger und nicht beim Staat. Dass die Kollegen aus den links-grünen Lagern dies anders sehen, ist ihm klar. Aber über die Freunde der FDP sagt man, dass dort das liberale Gedankengut und der ökonomische Sachverstand zu Hause ist. Deshalb sind sie auch für einen schlanken Staat und er fordert sie auf, dieses Budget und die Steuererhöhung abzulehnen.». Leider war damals die Mehrheit der FDP für eine Steuererhöhung.

Wenn man auf die letzten vier Jahre zurückschaut, wer Recht hatte, dann muss der Redner leider sagen, dass es die SVP war. Er weiss nicht, wieso die Anwesenden lachen. Sie haben sich um 36 Mio. Franken verrechnet. Er würde nicht lachen. Das sind Steuergelder. 36 Mio. Franken. Budgetiert wäre ein Verlust von ca. 2 Mio. Franken gewesen. Was ist von 2021 bis 2024 passiert? Es gab einen Überschuss von 34 Mio. Franken. Das heisst durchschnittlich 8,5 Mio. Franken jährlich. Nun die Anschlussfrage: Waren all die Budgets, die gemacht wurden, komplett wertlos? Wofür macht man ein Budget, wenn man es überschiesst und im nächsten Jahr sagt man wieder: «Oh nein, wir müssen aufpassen» usw. Binningen hat nun 132 Mio. Franken Eigenkapital. Das sind keine Reserven mehr, das ist eine massive Überfinanzierung. Daher zitiert er sich nochmals selbst vom 4. Dezember 2023: «Was muss noch alles passieren, bis man die Steuern senken kann?». Aus diesem Grund hat die SVP neun Anträge gestellt für eine Steuer-

rückvergütung. Angefangen bei 9 Prozent, das wären rund 6,6 Mio. Franken, werden sie alle Anträge stellen bis 1 Prozent Steuerrückvergütung. Der Votant betont, seine Fraktion hätte viel lieber eine Steuerensenkung. Realistischerweise werden sie dafür aber niemals eine Zweidrittelmehrheit finden. Das lässt den sauren Nachgeschmack der Steuererhöhung aus dem Jahr 2021 bestehen, die die FDP damals leider unterstützt hat. Mit den Anträgen werden die Rückstellungen nicht angegriffen. Es wird keine Substanz entzogen. Der Bevölkerung wird zurückgegeben, was niemals budgetiert war. Und der Gemeinde lässt man sogar noch 2 Mio. Franken mehr als budgetiert war, wenn man den ersten Antrag von 9 Prozent Steuerrückvergütung annehmen würde. Das ist rechnerisch, moralisch und politisch richtig. Der Redner richtet sich daher speziell an die bürgerlichen Fraktionen. Wenn man es ernst meint mit finanzieller Verantwortung, dann darf man dieser fairen Rückerstattung nicht im Wege stehen. Alles andere wäre, er sagt dies mit Bedauern, Etikettenschwindel.

Präsidentin Karin Müller, SP teilt mit, dass sie auf die Bio-Pause verzichte. Es gehen sowieso alle raus. Das ist für sie auch in Ordnung. Der Rat hat heute Abend noch einiges vor. Es sind noch fünf Personen auf der Rednerliste, danach möchte sie langsam zu den Abstimmungen kommen.

Roman Oberli, SVP legt dar, es wurde damals bei der Steuererhöhung gesagt, man müsse das Geld ansparen, um die Investitionen stemmen zu können. Dieser Betrag wurde inzwischen reingeholt. Er ist fundamental anderer Ansicht, dass man das Geld immer gleich in den nächsten Topf geben muss, um neue Projekte finanzieren zu können. Wenn man zwei Projekte aus der jüngeren Vergangenheit anschaut, dann sieht man, dass in Binningen gerne die Luxuslösung gewählt wird. Beispiel Schulcampus Dorf. Dort war man einmal bei 40 Mio. Franken und wird wahrscheinlich bei 57 Mio. Franken enden. 17 Mio. Franken um die sich das Projekt aufgebläht hat und die man natürlich einfach so ausgeben kann, wenn man es angespart hat. Das Gleiche gilt für den Werkhof, den das Volk abgelehnt hat. Dort hiess es im Einwohnerrat ursprünglich einmal, er werde netto 3 Mio. Franken kosten unter Berücksichtigung des Verkaufs des alten Areals. Das Geschäft kam in einer neuen Vorlage zurück und hätte netto 8 Mio. Franken gekostet. Man sieht, die Projekte werden wahnsinnig schnell viel teurer, obwohl es gar nicht nötig ist. Es ist sinnvoll, dass die Gemeinde massvoll budgetiert und es ist nur fair, dass den Steuerzahlenden ein Teil zurückgegeben wird. Zum Einwand, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist mit dieser Entwicklung: Dann muss man feststellen, dass es in der mittleren bis fernen Zukunft nie mehr ein Zeitfenster geben wird, um Steuern zurückzuzahlen, denn die demographische Entwicklung sehen alle.

Leon Behrends, FDP ergänzt, dass der direkteste Weg, die Steuermittel der Bevölkerung zukommen zu lassen, eine Steuerrückvergütung ist und nicht abstrakt über den Bilanzüberschuss, der dann irgendwie verwendet wird.

Brigitte Schori, FDP betont, dass die RPK und vor allem auch die FDP ihre finanzielle Verantwortung sehr ernst nimmt und sich derer bewusst ist. Sie findet die Rechnungen, die man von Seiten der SVP gehört hat und die Zahlen, die hier genannt wurden sehr seltsam. Die Gemeinde braucht die finanziellen Mittel, um die Kosten zu decken und vor allem die geplanten Investitionen zu finanzieren. Man hat vorhin von Seiten der SVP gehört, dass die Investitionen zu wenig getätigt wurden. Das stimmt. 20 Prozent ist wenig. Wäre aber alles getätigt worden, hätte man jetzt auch die Abschreibungsbelastung und es sähe etwas anders aus. Die Berechnungsgrundlage der Fraktion ist falsch und zu pauschal. Der Ertragsüberschuss beträgt 7,3 Mio. Franken. Das ist richtig. Davon sind 6,2 Mio. Franken Steuern. Die natürlichen Personen haben 2024 1,7 Mio. Franken dazu beigetragen, wobei die Einkommenssteuer höher war und die Vermögenssteuer unter Budget. Die Quellensteuer von 2,5 Mio. Franken, sie sagt es trotzdem, ist einmalig. Wenn man hier etwas zurückvergüten möchte, dann müsste man es den Quellensteuerzahlenden zurückvergüten.

Wenn man das Budget und die Rechnung anschaut, haben die juristischen Personen ein Minus von 289 000 Franken gemacht. Zu bemängeln, dass die Steuereinnahmen der natürlichen und der juristischen Personen aus den Vorjahren von 4,5 Mio. Franken nicht budgetiert waren, ist falsch. Diese dürfen

gemäss Finanzhandbuch des Kantons nicht budgetiert werden. Das heisst, wenn man von irgendetwas reden möchte, dann vielleicht von den 1,7 Mio. Franken des Jahres 2024. Das sind 2,3 Prozent des Fiskalertrags. Ein Aufwertungsgewinn, wie es das Wort bereits sagt, ist eine reine Aufwertung. Die Bewertung ist rein buchhalterisch. Es ist kein Geld geflossen und somit kann auch nichts zurückverteilt werden. Bevor von den exakt 10,01 Prozent gesprochen wird, muss die Erfolgsrechnung differenzierter betrachtet werden. Denn auf der Aufwandsseite gibt es den Personalaufwand, der -3,1 Prozent zeigt sowie den Sach- und Betriebsaufwand von -2,7 Prozent. Es zeigt sich aber auch, dass der Ertragsüberschuss notwendig ist, um die steigenden Transferaufwände zu decken. Die Votantin empfiehlt dinglych, dies abzulehnen und den gesamten Ertragsüberschuss in den Bilanzüberschuss einzulegen.

Karin Glaser, Grüne/EVP meint, eine Steuersenkung töne immer gut und es sei schnell davon erzählt. Aber haben nicht die Gleichen, die jetzt von Rückvergütungen und Steuersenkungen sprechen, so fest und so lange an den Ausgaben, z.B. für den Schulcampus, herumgeschraubt und gespart, dass es jetzt alles in allem, auch wenn es auf dem Papier schlussendlich billiger ist, garantiert teurer wird, weil alles teurer wurde. Alles wurde neu gezeichnet, das Material wurde teurer. Die Gleichen hatten auch Angst, dass man es nicht bezahlen kann und die Gemeinde sich überschuldet. Was hätten sie gesagt, wenn die Rechnung schlechter gewesen wäre? Wenn die ausserordentlichen Einnahmen nicht gekommen wären? Dann hätten sie genau gleich gejammert, einfach auf die andere Seite. Sie findet, irgendwo müsse man am gleichen Faden ziehen.

Lukas Jegge, Mitte/GLP gibt zu bedenken, dass in den kommenden Jahren grosse Investitionen anstehen. Das muss die Gemeinde irgendwie finanzieren. Es geht nicht einmal um irgendeinen Neubau, abgesehen vom Schulcampus. Es geht vielmehr um Sanierungen. Er erwähnt das Schloss. Wie möchte man es mit dem Werkhof lösen? Das Hallenbad steht auch an. Wie will man dies lösen? Das sind Überlegungen, die sich der Votant macht. Er ist der Meinung, es sei nicht der Moment. Es ist kurzfristig, Effekthascherei. Über Steuersenkungen reden und dann zwei Jahre später läuft die finanzielle Situation so aus dem Ruder, dass man wieder hochgehen muss. Das findet er nicht sehr sinnvoll. Seine Fraktion ist an einer stabilen Finanzpolitik interessiert.

Christian Schmid, SVP erläutert, wenn man ihm zugehört hätte, was scheinbar nicht der Fall war, hätte man mitbekommen, dass er drei Personen zitiert habe. Es waren drei Aussagen, die ganz klar protokolllarisch festgehalten sind – er möchte an dieser Stelle der Protokollführerin danken – und die gesagt haben, dass es sehr wahrscheinlich wieder einen Überschuss geben werde. Das wurde 2021 und 2023 gesagt. Der Redner könnte weitersuchen, dann würde er solche Aussagen auch im 2022 und 2024 finden. Das heisst, die SVP hatte vier Jahre lang immer recht. Es ist einfach so. Er bittet die Anwesenden, das Protokoll zu lesen oder zumindest zuzuhören, wenn er etwas sagt. Zweitens: Seine Fraktion hat nicht verlangt, dass 36 Mio. Franken zurückbezahlt werden. Von den vier Jahren, den 36 Mio. Franken, die über Budget waren, wollten sie 7,3 Mio. Franken rückvergüten. Das haben sie inzwischen bereits auf 9 Prozent reduziert. Dann ist man bei rund 6,5 Mio. Franken.

Für die Ausgaben, die die Gemeinde in Zukunft haben wird, wiederholt er nochmals, dass die Gemeinde 132 Mio. Franken Eigenkapital hat. Das ist sehr viel Geld. Er weiss nicht, ob gewisse Personen in Dimensionen von Basel-Stadt denken. Aber Binningen ist eine Gemeinde mit 16 000 Einwohnenden und hat 132 Mio. Franken. Nochmals fürs Protokoll: Wenn man die ganze Situation anschaut. Relevant für das Jahr 2025 ist z.B. der Börsenkurs Ende 2024. Wenn man EURO STOXX, SMI und S&P 500 anschaut, waren diese Ende 2024 alle höher als Ende 2023. Es gab Teuerung, wieder kalte Progression. Der Redner hat es schon 2023 erklärt. Man kann stark davon ausgehen, dass es wieder einen Gewinn geben wird. Noch einen letzten Punkt, den er anmerken will. Es ist ihm wirklich sympathischer, wenn jemand in einer linken Partei ist und linke Politik macht. Das findet er in Ordnung. Wenn man dazu steht, was man macht. Das ist so. Er hat noch etwas mitgebracht für die Leute, die das Geld immer noch nicht den Bürgern zurückzahlen möchten. Das ist der QR-Code für einen Beitritt bei der SP. Dann sitzt man wenigstens dort, für was man sich einsetzt.

Stefan Kaiser, FDP führt aus, wenn er der Debatte zuhört und sich an die Wortmeldungen am Anfang beim Eintreten erinnere, wenn er liest, was im RPK-Bericht steht, dann nimmt er Besorgnis der Parteien zum Investitionsstau zur Kenntnis, welcher sich angesammelt hat. Er hört, die Kosten laufen aus dem Ruder, wenn man vertieft in die Pflege schaue. Handkehrum ist man soweit, dass er das Gefühl hat, er sei auf einem türkischen Bazar. Es wird über einmalige Steuerrückzahlungen diskutiert in Höhe von 10 Prozent, 5 Prozent, mittlerweile hat man es auf 9 Prozent gekürzt. Das ist weder sinnvoll noch seriös. Es wäre seriöser, wenn man konstant schauen würde, dass der Steuerfuss so tief wie möglich ist. Er mag sich an die Debatten vor 10, 15, wenn nicht sogar vor 20 Jahren erinnern. Damals ging es auch um die Ergebnisverwendung und man stellte ebenfalls fest, dass ein Überschuss resultierte. Auch dort wäre die ganze Budgetierung, die ganzen Finanzminister, die man damals hatte, hätten ihren Job nicht so erledigt, wie sie es hätten tun sollen. Was ihn an der heutigen Debatte aber am meisten erstaunt ist, dass er kein einziges Wort von diesem Antrag im RPK-Bericht liest. Dort wäre eigentlich das Gremium ansässig, welches zumindest vorgängig eine solche einmalige Steuerrückzahlung, oder was es dann auch immer sein soll, in welcher Höhe, ohne dass man es hier beschliessen muss, einmal diskutiert und hier dem Rat darlegt. Das findet der Redner sehr seltsam.

Roman Oberli, SVP möchte auf das Votum von Karin Glaser replizieren. Das Projekt «Schulcampus Dorf» wurde damals zur Prüfung in die BPK überwiesen. Eine Mitte-Links-Mehrheit hat sich dort gegen markante Einsparungen ausgesprochen. Eine Mitte-Links-Mehrheit hat sich im Einwohnerrat für die Luxus-Lösung ausgesprochen und genau diese Mitte-Links-Mehrheit möchte sich jetzt gegen Steuerrückzahlungen wenden. Der Votant ist überrascht. Es wird kein Substrat weggenommen. Es wird einfach ein kleiner Teil des nicht budgetierten, also auch nicht planbaren Gewinns wieder zurückgegeben. Das ist keine Hexerei. Es kommt immer noch eine Million Überschuss in die Finanzreserve. Er findet es nur fair. Seiner Meinung nach sollte man das jährlich machen. Ein gewisser Prozentsatz der Überschüsse sollte zurückbezahlt werden. Dann kann man immer noch einen Teil in die Finanzreserve tun. Wenn man jährliche Überschüsse hat, die man in dieser Gemeinde Gott sei Dank hat, sollte man den Steuerzahlenden gegenüber so fair sein und einen Teil zurückgeben. Es gibt andere Gemeinden im Baselbiet, die wesentlich schlechter dastehen. Es ist böse gesagt ein Luxusproblem, über welches der Rat hier diskutiert.

Jonathan Noack, SP bedankt sich an dieser Stelle für die Werbung, bei der SP Mitglied zu werden. Es ist auf jeden Fall eine gute Idee. Dagegen möchte er sich nicht wehren. Gegen was er sich wehren möchte ist, dass der Rat heute, wo er auf dem Tisch hat, dass die Kosten in den nächsten Jahren steigen werden, wo man sieht, dass in den nächsten Jahren potenziell mehr Mittel benötigt werden, darüber diskutiert, die Steuern zu senken oder Geld zurückzuerstatten. Im Sinne dessen, dass es noch viele andere Traktanden auf der Traktandenliste hat, über die er heute Abend gerne diskutieren möchte, stellt er den Ordnungsantrag, die Diskussion zu schliessen.

Präsidentin Karin Müller, SP erklärt, es handle sich um einen Ordnungsantrag, über den der Rat sofort abstimmt. Momentan ist noch eine Rednerin auf der Rednerliste, die sich vor dem Antrag gemeldet hat. Sie dürfte bei Annahme des Ordnungsantrags noch reden, danach wäre die Diskussion geschlossen.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag: Diskussion schliessen: 29 JA / 6 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 05)

://: Der Ordnungsantrag wird angenommen. Die Diskussion wird geschlossen.

Brigitte Schori, FDP möchte klarstellen, dass die RPK sogar über eine Steuersenkung reden durfte und diese ablehnte. Wie sie vorhin schon erwähnt hat, empfiehlt die RPK sämtliche Anträge anzunehmen, auch die Zuweisung des Ertragsüberschusses.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 der RPK: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

Antrag 2 der RPK: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Antrag 3 der RPK: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

Antrag 4 der RPK: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand / Nettoertrag von insgesamt 54 775 296 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 096 654
- Steuern	CHF	927 407
- Gesundheit	CHF	13 683 542
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	4 346 161
- Bildung	CHF	22 782 124
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 388 415
- Soziale Dienste	CHF	7 641 357
- Verkehr, Strassen	CHF	2 802 328
- Versorgung, Umwelt	CHF	1 241 244
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	-2 133 937
3. Die Positionen ausserhalb der Globalrechnung mit einem Nettoertrag von insgesamt 62 102 100 Franken werden genehmigt.
4. Die Erfolgsrechnung 2024 mit Aufwendungen von 101 466 099 Franken, Erträgen von 108 792 902 Franken und einem Ertragsüberschuss von 7 326 803 Franken (gerundet) wird genehmigt.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP erklärt, als nächstes werde der Rat über die Ergebnisverwendung abstimmen. Sie schlägt vor, zuerst über den RPK-Antrag abzustimmen. Diejenigen, die einen Antrag auf Steuerrückvergütungen gestellt haben, müssen den Antrag der RPK einfach ablehnen.

Antrag 5 der RPK: 20 JA / 14 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 11)

Da diesem Antrag zugestimmt wurde, wären die anderen Anträge auf Steuerrückvergütung obsolet.

Roman Oberli, SVP äussert, gemäss § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats muss über die Anträge des Gemeinderats oder der Kommissionen immer zuletzt abgestimmt werden. Das heisst im Umkehrschluss, dass zuerst über Unteranträge abgestimmt werden muss resp. über die Anträge der FDP und der SVP. Aufgrund einer Rückfrage zitiert er § 46 Abs. 2: «Über den Antrag der Ratskommission oder, bei direkter Beratung, über jenen des Gemeinderates wird immer zuletzt abgestimmt.».

Präsidentin Karin Müller, SP informiert, der Rat werde demnach nun über die einzelnen Anträge abstimmen. Von der SVP liegen Anträge auf Steuerrückvergütung von 9 Prozent bis zu einem Prozent vor. Dazwischen kommt noch der Antrag der FDP. Sie liest den ersten Antrag im Detail vor. Bei den restlichen

wird sie einfach die angepassten Prozentzahlen erwähnen: «Die Gemeinde Binningen führt für die Steuerperiode 2024 eine einmalige, rückwirkende Steuerrückvergütung in der Höhe von 9 Prozent auf die individuell geleistete Steuerschuld ein. Die Rückvergütung erfolgt automatisch in der Steuerschlussrechnung 2024 durch eine entsprechende prozentuale Reduktion. Der Steuerfuss bleibt unverändert. Der Rückvergütungsbetrag wird als separate Position in der Schlussabrechnung ausgewiesen. Die Gesamtsumme der Rückvergütung entspricht rund 6,6 Mio. Franken. Der verbleibende Betrag von rund 0,7 Mio. Franken wird zur Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals verwendet.».

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 9 Prozent: 7 JA / 29 NEIN (Abstimmung 12)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 8 Prozent: 7 JA / 29 NEIN (Abstimmung 13)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 7 Prozent: 7 JA / 29 NEIN (Abstimmung 14)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 6 Prozent: 7 JA / 29 NEIN (Abstimmung 15)

Die Präsidentin kommt nun zum Antrag auf Steuerrückvergütung in Höhe von 5 Prozent. Aus ihrer Sicht ist dies der gleiche Antrag, den auch die FDP gestellt hat. Sie fragt die Fraktion, ob es in Ordnung ist, wenn einmal über eine Steuerrückvergütung von 5 Prozent abgestimmt wird. Die FDP signalisiert ihr Einverständnis.

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 5 Prozent: 14 JA / 19 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 16)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 4 Prozent: 13 JA / 22 NEIN (Abstimmung 17)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 3 Prozent: 12 JA / 22 NEIN (Abstimmung 18)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 2 Prozent: 11 JA / 22 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 19)

Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 1 Prozent: 9 JA / 21 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 20)

Nina Eldridge, Mitte/GLP möchte kurz festhalten, dass zum Teil nur 34 oder 35 Personen abgestimmt haben. Sie haben sich nicht enthalten, aber ihre Stimme wurde einfach nicht gezählt. Es könnte sein, dass es teilweise nicht funktioniert hat.

Präsidentin Karin Müller, SP teilt mit, da das Ergebnis deutlich war und es keine Rolle spielen würde, sei es in diesem Fall ok. Aber wenn man nicht abstimmen möchte, sollte man den Raum verlassen.

Roman Oberli, SVP bedankt sich dafür, dass über die Anträge abgestimmt werden konnte. Andererseits möchte er auf den Punkt der Effekthascherei zurückkommen. Es kann einmal mehr festgestellt werden, dass sich die SVP als einzige Partei – er möchte noch einige Kollegen der FDP loblich erwähnen, die sich ebenfalls für eine vernünftige Finanzpolitik einsetzen – seit Jahren und zwar konsequent, da kann man in sämtliche Protokolle gehen, für eine attraktive Steuerpolitik in Binningen ausspricht.

Die Präsidentin erklärt, die Diskussion sei eigentlich geschlossen. Sie sei in diesem Fall einfach sehr nett gewesen. Über die Ergebnisverwendung muss der Rat nun nicht mehr abstimmen. Der Antrag der RPK wurde ja bereits angenommen.

Antrag 6 der RPK: 34 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 21)

Antrag 7 der RPK: 35 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 22)

Antrag 8 der RPK: Kenntnisnahme

Antrag 9 der RPK: Kenntnisnahme

Antrag 10 der RPK: Einstimmig JA (Abstimmung 23)

Folgende Anträge werden angenommen:

5. Ergebnisverwendung

Der Ertragsüberschuss 2024 von 7 326 803 Franken (gerundet) wird wie folgt verwendet:

- Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals

6. Die Bilanz 2024 mit Aktiven und Passiven von jeweils 205 838 489 Franken wird gemäss Anhang XV und Anhang XVI genehmigt.

7. Die Abrechnung über die Investitionsausgabe gemäss Aufstellung unter Ziffer 6 des Jahresberichts wird direkt genehmigt:

- Umrüstung Beleuchtung Musikschule Kronenmatt 153 502 Franken
- Ersatzbeschaffung der Wasseraufbereitung Hallenbad 88 690 Franken.

8. Die Investitionsrechnung 2024 mit Ausgaben von 3 493 272 Franken, Einnahmen von 241 562 Franken und Nettoinvestitionen von 3 251 710 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.

9. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 11 597 (gerundet) Stellenprozenten wird zur Kenntnis genommen.

10. Der Auftrag des Einwohnerrates an den Gemeinderat, mit der sofortigen Umsetzung der Massnahmen der Anträge aus Punkt 5.2.5 zu beginnen, wird genehmigt.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 69

Bericht der Geschäftsprüfungskommission

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GPK-Vizepräsidentin Karin Glaser, Grüne/EVP erwähnt, der Geschäftsbericht der GPK liege den Anwesenden vor. Sie muss diesen daher nicht nochmals vorlesen. Der Bericht ist dieses Jahr sehr kurz ausgefallen. Die GPK gibt es in dieser Form ja erst seit der Trennung der GRPK in GPK und RPK auf Anfang dieses Jahres. Es wurde der Beschluss gefasst, dass der Bericht einzeln abgegeben wird, nicht wie zuerst vorgesehen zusammen mit dem Rechnungsbericht. So ist die Abgrenzung auch klar ersichtlich. Die GPK musste sich zuerst finden im Sinn von: Wie gehen wir an die Aufgaben ran? Was machen wir wie? Und welche Geschäfte erachten wir als dringend? Die Kommission musste bei den Vorschlägen auch immer aufpassen, dass keine Zahlen gefragt waren. Denn es gab Ideen, doch man merkte plötzlich, dass das Thema in die RPK gehört. Man musste sich auch in Bezug darauf finden, wie man mit der RPK kooperieren möchte, was zwingend notwendig ist. Eine gemeinsame Sitzung hat bereits stattgefunden und es wird sicher wieder einmal eine geben.

Die Frage, ob Subkommissionen Ja oder Nein, wurde schnell zugunsten der Subkommissionen entschieden. So hat nun jeder seine Aufgabe erhalten. In der Zwischenzeit sind auch die verschiedenen Behördenberichte eingetroffen. Bei den Anforderungen der Berichte waren die Berichtersteller und Bericht-erstatte-
rinnen bisher völlig frei. Jetzt sieht die Kommission, was sie zusätzlich gerne wissen würde oder

vielleicht auch nicht unbedingt wissen muss. Die GPK beabsichtigt auf den nächsten Bericht des Jahres 2025 einige Anforderungen zu definieren, an welche sich die Berichterstatter/innen halten können. Das Thema Leistungsziele wird im Bericht erwähnt. Das muss die Votantin nicht nochmals erzählen. Die Geschäftsprüfungskommission bittet den Einwohnerrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht der GPK zur Kenntnis.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 70

Investitionskredit zur Ablösung der zentralen IT-Kernapplikation der Gemeindeverwaltung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Kevin Lancashire, FDP erläutert, die FDP unterstütze den Investitionskredit von 700 000 Franken, 250 000 Franken Betrieb, weil offensichtlich die jetzige Lösung Ende 2026 end of life ist, kein Support mehr geboten wird und die Anforderungen an ein modernes System nicht erfüllt werden können. Die Vorteile dieser Investition liegen auf der Hand. Es gibt ganz viele Anwendungen, die die Anwesenden vielleicht selbst kennen. Wenn man z.B. eine Umzugsmeldung macht, will man möglicherweise nicht zu einer gegebenen Zeit zum Gemeindeschalter, sondern es über das Handy machen. Es gibt z.B. für das Friedhofsmanagement Lösungen, Hundeanmeldungen etc. Der Bürger will immer mehr auf dem Mobiltelefon oder zu Hause am Desktop erledigen. Im zweiten Aspekt dieser Vorlage geht es um einen Ausblick, dass man in Zukunft ein vollständiges Outsourcing an die Firma Talus machen möchte, die seines Wissens ca. 250 Gemeinden in der Schweiz bedient u.a. auch Gemeinden in der Region. Da ist man in sicheren Händen. Das hätte zur Folge, dass sich die Betriebskosten auf jährlich 450 000 Franken erhöhen. Der Redner fände es als Hinweis zwingend notwendig, eine Kosten-Nutzen-Analyse anzustellen mit einem Break-even-Point, der aufzeigt: Was spart die Gemeinde durch dieses Outsourcing wirklich ein, das er selbst grundsätzlich begrüsst?

Der Redner ist der Meinung, man müsse einfach aufpassen, dass man sich nicht in eine Abhängigkeit des Providers begeben und sich von Anfang an eine Exit-Strategie überlege. Was ist, wenn man aus irgendwelchen Gründen einmal vom Provider weg möchte? Der zweite Punkt ist, dass man sich überlegt, ob man nicht für all die neuen Möglichkeiten im Bereich KI, die auf uns alle zukommen werden, die Ideen und Bedürfnisse der Bürger auf der Gemeinde selbst beurteilen kann. Er ist einverstanden, dass man keine riesige IT-Abteilung bei der Gemeinde aufbaut. Aber dass man hier eine kleine Kompetenz behält, würde er einfach einmal in den Raum stellen, also ein Hybrid-Modell als konkreter Vorschlag. Kurz als Fazit: Die FDP stimmt dem Projekt «Binnova» resp. dem Investitionskredit zu und hofft, man kommt mit den 700 000 Franken auch durch.

Stephan Siegel, SVP möchte zwei Punkte anbringen. Grundsätzlich ist klar, was aufgezeigt wurde geht in die richtige Richtung. Das muss man machen und es macht völlig Sinn, so wie es aufgegleist wird. Ein

Punkt einfach an alle Ratsmitglieder. Der Redner denkt, die 700 000 Franken sind für das, was hier gemacht werden soll, eher an der unteren Grenze. Er hat das Gefühl, dass es garantiert teurer werden wird. Warum als Hinweis an die Ratsmitglieder? Das ist etwas, was gemacht werden muss. Es wird mehr kosten, da ist er sich sicher und es wird auch bezahlt werden. Das muss man einfach immer bedenken, wenn man die ganzen Anträge hat, wo man von der Gemeindeverwaltung noch dies und jenes will. Das ist jetzt einmal etwas, das zentral ist und er glaubt, es wird auch mehr kosten. Das zweite ist eine Frage an Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti. Ihm hat im Geschäft eine gewisse finanzielle Quantifizierung eines Business-Cases gefehlt. Was erhofft man sich an Effizienzsteigerung in der Verwaltung? Man konnte der Vorlage entnehmen, dass der Unterhalt etwas mehr kosten wird als bisher. Das ist ok. Er würde aber gerne sehen, wo hier die Effizienzsteigerungen sind.

Felix Gerber, Mitte/GLP kann sich grösstenteils seinen Vorrednern anschliessen. Seine Fraktion war zuerst etwas überrascht, dass eine derart langfristige Entscheidung gefällt wird, ohne dass man eine Strategie hat, wo man z.B. Ziele festlegt oder sich über die Problematik von Abhängigkeiten etc. klar wird. Aber die Unterlagen für die Ausschreibung waren extrem detailliert. Es wurde eine umfassende Analyse der jetzigen Situation gemacht und insbesondere die Anforderungen wurden sehr detailliert ausgearbeitet, was entscheidend ist, damit es am Schluss auch funktionieren wird. Die Mitte/GLP findet es auch sinnvoll, dass man ein bewährtes Produkt von einer Firma nimmt, die viel Erfahrung hat. Sie unterstützen auch den Approach mit dem angestrebten Outsourcing. Der Fraktion ist aber ebenfalls aufgefallen, dass die Kosten für das Outsourcing doch erheblich sein werden. Sie möchten gerne sicherstellen, dass die Einsparungen, von denen gesprochen wird, auch wirklich realisiert werden. Beim Minimalziel von 50 Prozent digitale Dienstleistungen würde sich die Fraktion erhoffen, dass es übertroffen wird. Die Mitte/GLP stimmt dem Investitionskredit zu.

Richard Bräunlich, SP führt aus, die Software müsse abgelöst werden, weil sie nicht mehr weiterbetrieben werden könne. Die Abklärungen, die von der Gemeinde 2024/2025 gemacht wurden, wurden sehr ausführlich und sachlich durchgeführt. Aus diesem Grund ist die Fraktion für diesen Investitionskredit.

Sirin Hauri, Grüne/EVP signalisiert, die Grünen/EVP genehmigen den Investitionskredit von 700 000 Franken ebenfalls. Sie sind auch der Meinung, dass dies nötig sei und gemacht werden müsse. Es ist vermutlich eine vernünftige Lösung und von den Kosten wahrscheinlich eher etwas zu tief geschätzt.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die wohlwollenden Rückmeldungen. Alle, die sich Sorgen machen, dass die 700 000 Franken zu tief sind, kann sie insofern beruhigen, als dass man dies ausgeschrieben hat. Es ist das Angebot, das reingekommen ist. Dort sind all die Sachen enthalten, die erledigt werden müssen. Mit der Firma Talus hat man eine Firma, Kevin Lancashire hat es gesagt, die relativ viele Gemeinden betreut. Sie haben grosse Erfahrung. Die Votantin weiss aus eigener Erfahrung, dass die Offerten, die Talus einreicht, in der Regel auch verheben, weil sie wirklich wissen, was es kostet und was sie anbieten müssen. Es ist eher selten, dass es eine Kostenüberschreitung gibt. Der Einwohnerrat darf natürlich mehr Geld sprechen, wenn er das will, aber beantragt wurde der Betrag, der in der Ausschreibung eingereicht wurde.

Dass man langfristig das komplette Outsourcing plant, liegt der einfachen Tatsache geschuldet, dass es heute eine Verwaltung von dieser Grösse schlicht nicht mehr leisten kann, eine eigene Abteilung zu haben. Es ist so komplex mit all den verschiedenen Applikationen. Von Microsoft als Teil einer Kernapplikation möchte sie gar nicht anfangen. Da kommt von irgendwo ein Update und schon funktioniert die Hälfte nicht mehr. Es ist schlicht nicht mehr machbar. Bei Talus gibt es für jede einzelne Applikation Spezialisten und man hat alles aus einem Haus. Es ist nicht so, dass man, wenn an einem Ort ein Problem besteht, die heisse Kartoffel weitergibt und sagt: «Das ist nicht bei uns, das ist bei denen.». Man hat wirklich alles aus einem Haus. Bei einer Novartis oder Roche ist es eine andere Situation. Aber bei der Grösse der Gemeindeverwaltung Binningen kann man dies schlicht nicht mehr leisten. Es ist sachlich nicht mehr gerechtfertigt, dass man eine eigene IT-Abteilung hat, die dies macht. Für kleine Installati-

ons- oder Softwareprobleme im Alltag wird es immer jemanden geben, der ein Basic-Wissen hat. Aber das ist noch die Vorstufe von First-Level-Support. Alles andere kann man schlicht nicht mehr anbieten. Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass es langfristig wirklich günstiger wird, wenn man diesen Schritt noch machen kann.

Bezüglich dem digitalen Anbieten der Dienstleistungen ist es so, das steht nicht im Geschäft, aber die Votantin wurde es zu Recht von der Mitte/GLP gefragt, dass die Gemeinde Binningen an einem Projekt beteiligt ist mit anderen Gemeinde und dem Kanton, dem sogenannten BL-Konto. Dort geht es darum, dass alle Dienstleistungen, sowohl vom Kanton wie von den Gemeinden, in das gleiche Bürgerkonto eingeliefert werden, sodass man alle Dienstleistungen, die man online beziehen kann, über einen Zugang beziehen kann. Die Gemeinde Binningen braucht natürlich Applikationen, die fähig sind, ihre Dienstleistungen in dieses BL-Konto einzuliefern, sodass man, wenn man irgendeine Leistung beziehen will – es ist nicht der E-Umzug, aber z.B. die Hundesteuer etc. –, direkt über das BL-Konto auf die Fachapplikationen zugreifen kann. Dafür muss natürlich auch die Gemeinde bereit sein, sonst funktioniert es nicht. Dass die Gemeinde ein eigenes Konto aufbaut, macht keinen Sinn. Das wäre ein Schildbürgerstreich par excellence. Das Ziel des Projekts mit dem Kanton zusammen ist, dass man bis Ende 2027 80 Prozent der Dienstleistungen online beziehen kann. Binningen macht dort mit und man ist auf einem guten Weg. Wobei man auch dort sagen muss, man wird mindestens noch eine Generation hybrid unterwegs sein müssen. Es wird alles digital angeboten, aber es wird auch weiterhin Leute geben, die die Dienstleistungen analog beziehen möchten. Das muss man respektieren und für diese muss man selbstverständlich auch erreichbar sein. Das sind ihre Ausführungen. Sie dankt für die Zustimmung des Einwohnerrats.

ABSTIMMUNG

Genehmigung Investitionskredit: Einstimmig JA (Abstimmung 24)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat genehmigt einen Investitionskredit in der Höhe von 700 000 Franken für die Beschaffung und Einführung der Ersatzlösung für die bestehende IT-Kernanwendung.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 63/XII

Teilzonenplan Zentrum – Bericht der Bau- und Planungskommission

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 67

Investitionsausgaben für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach und Strassensanierung an der Dorenbachstrasse (Abschnitt Generationenhaus bis Neubadrain)

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 68

Rückständebericht 2025

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 13

Gesch. Nr. 49

Interfraktionelles Postulat: Energiestrategie

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 14

Gesch. Nr. 52

Interpellation R. Büchelín, SP: Ranger/in

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 15

Gesch. Nr. 54

Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Versoben.

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen**BESCHLUSS**

://: Verschieden.

Traktandum 17**Gesch. Nr. 66****Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli****BESCHLUSS**

://: Verschieden.

Diversa

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP möchte den Einwohnerrat vorab informieren. Morgen wird eine entsprechende Medienmitteilung verschickt. Es geht um die Stimmrechtsbeschwerde, die im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 18. Mai 2025 zum Birsigpark erhoben wurde. Der Entscheid des Regierungsrats liegt vor. Die Stimmrechtsbeschwerde wurde vollumfänglich abgewiesen. Der Regierungsrat hat festgestellt, dass sich der Gemeinderat korrekt verhalten hat und die Medienmitteilung so verfassen und publizieren durfte, wie er dies gemacht hat. Dies für die Anwesenden vorab. Die Information geht morgen raus. Weil in der Öffentlichkeit, auf Social Media, darüber berichtet wurde, dass es Stimmrechtsbeschwerden gibt und man diese abwarten müsse, bevor man entscheiden könne, wie es weitergeht, war es dem Gemeinderat wichtig, dass man dies so kommunizieren kann. Somit weiss die Bevölkerung, wie das Ergebnis ist und dass man jetzt entsprechend weitermachen kann.

Jonathan Noack, SP würde gerne eine Verständnisfrage stellen. In den Medien war von zwei Stimmrechtsbeschwerden die Rede. Wurden demnach beide vom Kanton abgelehnt?

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP antwortet, die eine Stimmrechtsbeschwerde wurde abgewiesen. Die andere Stimmrechtsbeschwerde ging direkt an das Kantonsgericht, da sie sich eigentlich gegen den Regierungsrat gewendet hat. Dort haben der Regierungsrat und die Gemeinde ihre Stellungnahme innert Frist abgegeben. Der Beschwerdeführer hat innert erstreckter Frist den Kostenvorschuss nicht bezahlt, daher wird es ein Nicht-Eintreten geben.

Vizepräsident Thomas Häfele, FDP teilt mit, heute sei ein besonderer Tag. Nicht nur, weil er die ehrenvolle Aufgabe hat, das Amt des Präsidenten des Einwohnerrats übernehmen zu dürfen, sondern vor allem, weil der Rat heute einer ganz besonderen Persönlichkeit danken darf, der scheidenden Präsidentin. Der Redner möchte den Moment nutzen, um Karin Müller für ihre herausragende Arbeit zu danken. Sie hat das Parlament mit einer Effizienz geleitet, die man sonst nur von Uhren kennt. Präzise, zuverlässig und immer auf den Punkt. Er hat besonders ihre souveräne Art bewundert, mit der sie jede Sitzung

geführt hat. Immer bestens vorbereitet und mit einem charmanten Lächeln auf den Lippen. Man sagt ja, eine gute Präsidentin sei wie eine Dirigentin. Sie muss das Chaos bändigen und gleichzeitig dafür sorgen, dass alle Stimmen gehört werden. Dies hat Karin Müller nicht nur gemeistert, sondern sie hat die Ratsmitglieder auch immer inspiriert, das Beste zu geben.

Es gab im vergangenen Jahr viele Geschäfte, bei denen die Diskussionen hitzig wurden. Auch heute beinahe etwas. Doch Karin Müller hat mit ihrer ruhigen und humorvollen Art stets dafür gesorgt, dass die Wogen geglättet wurden und der Rat am Ende zu einem Ergebnis gekommen ist, welches dem Wohl der Gemeinde diene. Der Votant ist inzwischen im neunten Jahr im Einwohnerrat und er glaubt, er habe noch nie eine solch effizientes Präsidium erlebt mit derart effizient geführten Sitzungen. Als ihr Nachfolger kann er versuchen, sein Bestes zu geben. Aber die Fussstapfen sind schon enorm gross. Er weiss schon jetzt, an ihrer Mischung aus Kompetenz, Charme und Humor wird er sich vermutlich nicht messen können. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen möchte er Karin Müller ganz herzlich danken für ihr Engagement, ihre Geduld und ihre inspirierende Führung. Vielen herzlichen Dank. *[Applaus]*

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP bedankt sich recht herzlich für diese sehr netten Worte. Leider war die heutige Sitzung die ineffizienteste aus Sicht der Leiterin. Sie fand es aber trotzdem eine gute Sitzung. Thomas Häfele muss ja im August auch noch etwas zu tun haben, daher hat sie ihm etwas Arbeit hinterlassen. Gerade, wenn man die Sache mit einer gewissen Routine nehmen kann, ist es auch schon vorbei mit dem Präsidium. Trotzdem findet sie die jährliche Rotation etwas Gutes und sie kann es allen nur empfehlen, einmal ein Jahr das Präsidium zu übernehmen, wenn sie die Gelegenheit haben. Es ist ein Perspektivenwechsel. Nicht nur, dass man hier auf der Bühne sitzt und nach unten schaut, sondern auch im übertragenen Sinn. Man erfährt nie so viel über den Parlamentsbetrieb wie als Präsident oder Präsidentin. Das Schönste, das mit dieser Funktion verbunden ist, sind sowieso die vielen Begegnungen an all den Veranstaltungen, die die Gemeinde, ihre Institutionen, die Bürgergemeinde und die vielen Vereine organisieren. Sie sind eine wunderbare Gelegenheit, am Geschehen in unserer Gemeinde teilzunehmen.

Dass man sich als Präsidentin nicht an der Debatte beteiligen darf, fand sie das Schwierigste. Sie freut sich daher wie die meisten ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger, dass sie nun wieder zu ihrer Fraktion sitzen und ihren Senf dazugeben darf. Als letztes möchte sie noch allen ganz herzlich danken. Allen voran Linda Gerstner, die einfach alles weiss. Sie war ihr eine riesige Hilfe. Vielen Dank. Dann bei Christian Häfelfinger, der auch alles weiss, und bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung. Ohne ihre umfassende Unterstützung wären die Sitzungen nie so reibungslos über die Bühne gegangen. Sie dankt den Ratsmitgliedern für die lebhaften Debatten im Rat und Thomas Häfele für die gute Zusammenarbeit. Die Präsidentin wünscht ihm und Nina Eldridge viel Erfolg im kommenden Amtsjahr. Sie dankt der Gemeinde für den Apéro heute Abend und hofft, dass alle bleiben können. Das Catering kommt von Gabri's Pasta. Damit schliesst die Präsidentin ihre letzte Sitzung um 21.45 Uhr. *[Applaus]*

ER-Sitzung vom 23. Juni 2025

			Gesch. Nr. 75	Gesch. Nr. 76	Gesch. Nr. 75		Gesch. Nr. 57/57A				
			01	02	03	04	05	06	07	08	09
Nr.	Name	Fraktion	Dringlichkeit Interpellation P. Frauchiger	Dringlichkeit Interpellation H. Steffen	Diskussion	Geschäft an GPK überweisen	Ordnungsantrag: Diskussion schliessen	Genehmigung Leistungsberichte	Genehmigung Globalrechnungen der Produktgruppen	Genehmigung Positionen ausserhalb Globalrechnung	Genehmigung Erfolgsrechnung 2024
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
13	Müller	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Eldridge	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Peter	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Behrends	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Nein	Not voted	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL											
Ja			32	11	34	33	29	36	36	36	36
Nein			4	24	2	1	6	0	0	0	0
Enthaltungen			0	0	0	2	1	0	0	0	0
			36	35	36	36	36	36	36	36	36

ER-Sitzung vom 23. Juni 2025

			Gesch. Nr. 57/57A								
			11	12	13	14	15	16	17	18	19
Nr.	Name	Fraktion	Ergebnisverwendung: Verrechnung mit Bilanzüberschuss des Eigenkapitals	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 9 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 8 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 7 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 6 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 5 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 4 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 3 Prozent	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 2 Prozent
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
2	Cakar	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
5	Hauri S.	Grüne	Not voted	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
7	Bräunlich	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
8	Büchelin	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
9	De Fregias	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
11	Lempert	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
12	Löhr	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
13	Müller	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
14	Noack	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
15	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
16	Amacker	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Eldridge	GLP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
18	Gerber	GLP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
19	Jegge	Mitte	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Peter	GLP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
22	van Loon	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Behrends	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
25	Giani	FDP	Enthaltung	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Nein
26	Häfele	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
28	Lancashire	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
30	Maier	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted
31	Schori	FDP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Not voted	Not voted	Not voted	Nein
32	Setz	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
33	Treuthardt	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
34	Gubelmann	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
39	Siegel	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Steffen	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL											
Ja			20	7	7	7	7	14	13	12	11
Nein			14	29	29	29	29	19	22	22	22
Enthaltungen			1	0	0	0	0	1	0	0	2
			35	36	36	36	36	34	35	34	35

ER-Sitzung vom 23. Juni 2025

			Gesch. Nr. 57/57A				Gesch. Nr. 70
			20	21	22	23	24
Nr.	Name	Fraktion	Ergebnisverwendung: Steuerrückvergütung von 1 Prozent	Genehmigung Bilanz 2024	Direktgenehmigung Abrechnung von Investitionsausgaben	Auftrag an GR: Umsetzung von Massnahmen unter Punkt 5.2.5	Genehmigung Investitionskredit
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
13	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
17	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Peter	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
29	Lüthi - La Roche	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Steffen	SVP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja

TOTAL							
Ja			9	34	35	35	35
Nein			21	1	1	0	0
Enthaltungen			3	0	0	0	0
			33	35	36	35	35